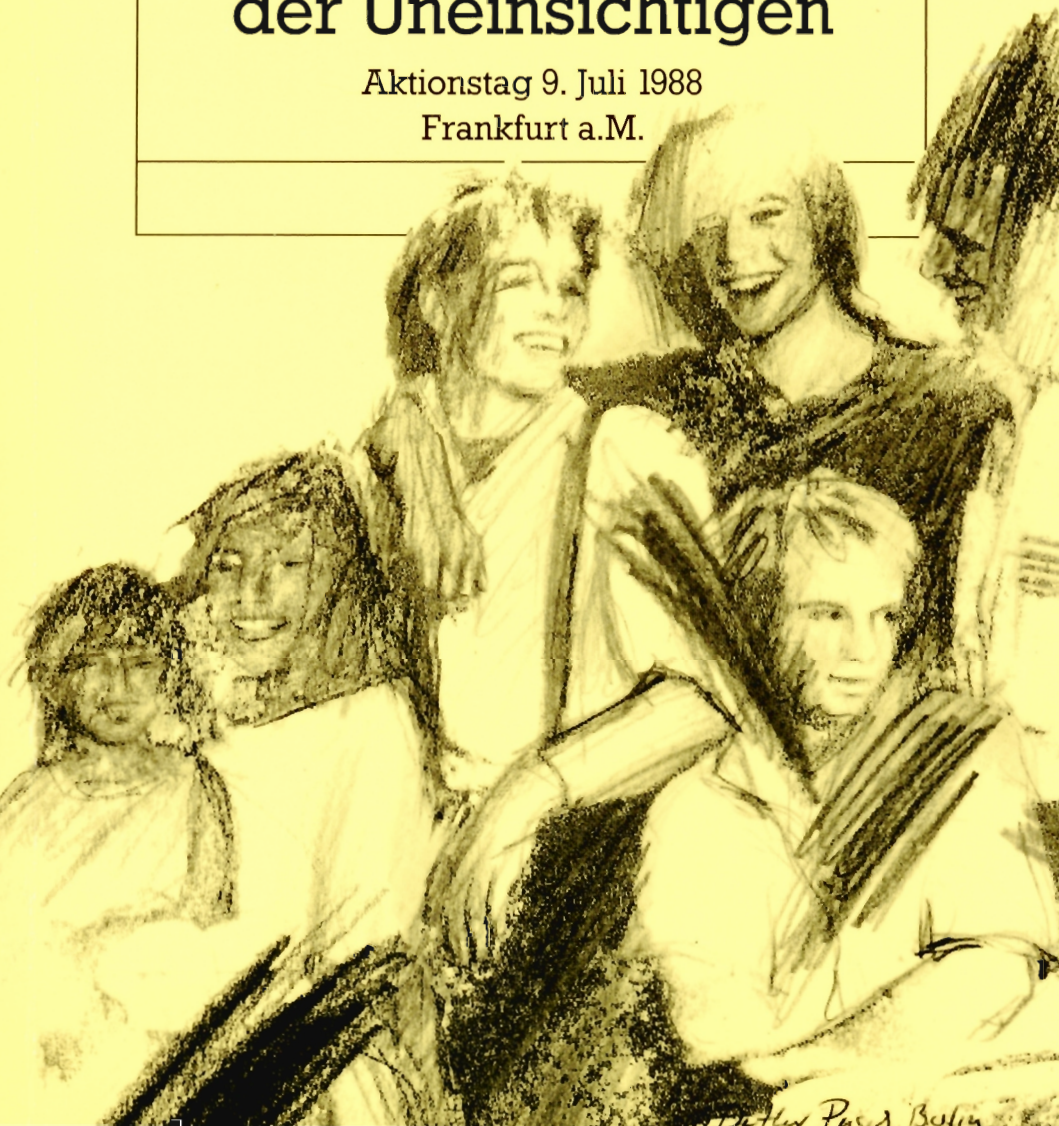


AIDS-FORUM D.A.H.

SONDERBAND

Solidarität der Uneinsichtigen

Aktionstag 9. Juli 1988
Frankfurt a.M.



AIDS-FORUM D.A.H.

SONDERBAND

**Solidarität
der Uneinsichtigen**

**Aktionstag 9. Juli 1988
Frankfurt a. M.**

**Eine Dokumentation
der Reden**

**Redaktion:
Frank Becker
Klaus-Dieter Beißwenger**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers	5
Für eine menschliche AIDS-Politik	
– Aufruf der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. –	7
Die unerträgliche Lebendigkeit der Positiven	
– Aufruf des Landesverbandes der Hessischen AIDS-Hilfen –	9
Reden:	
Kaisersack	
Karl-Georg Cruse, Referatsleiter Homosexuelle Männer, D.A.H.	11
Helmut Ahrens, Referatsleiter Drogen und Strafvollzug, D.A.H.	13
Theaterplatz	
Hans-Peter Hauschild, AIDS-Hilfe Frankfurt e.V.	17
Andreas Meyer-Hanno, „Maintöchter“	21
Günter Dworek, Bundesverband Homosexualität	25
Hauptwache	
Ingo Marowsky, ÖTV-Vertreter	27
Konstabler Wache	
Bernd Aretz, Rechtsanwalt	31
Ingo Michels, Referat Drogen und Strafvollzug, D.A.H.	35
Breite Gasse	
Astrid Thomas, HWG (Prostituierten-Selbsthilfegruppe)	39
Römer	
Margit Conrad, JungsozialistInnen in der SPD, Grußwort	43
Volker Hauff, MdB (SPD)	45
Erich Szentgrothy, Fachverband Drogen und Rauschmittel	49
Wolfgang, Mitglied des bundesweiten Positiventreffens	51
Dieter Runze, Vorsitzender des Vorstands der D.A.H.	53
Presseecho (Auswahl)	57

© Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
Nestorstraße 8–9, 1000 Berlin 31
Dezember 1988
Gestaltung: Detlev Pusch
Fotos: Johannes Aevermann
Druckerei: Oktoberdruck
Satz: deutsch-türkischer fotosatz

Vorwort des Herausgebers



Am Sonnabend, dem 9. Juli 1988, veranstalteten die AIDS-Hilfen des Bundesgebietes einen gemeinsamen Aktionstag in Frankfurt am Main.

Die Veranstaltungen des Aktionstages – Demonstration und Kulturprogramm – standen unter dem auf den ersten Blick provokanten Motto „Solidarität der Uneinsichtigen – Für eine menschliche AIDS-Politik“. Damit sollte auf gesellschaftliche Umstände hingewiesen werden, die das Leben von Menschen mit HIV, von Menschen mit AIDS beeinträchtigen und die es Menschen, die in dem realen Risiko leben, sich mit HIV zu infizieren, erschweren, selbstbestimmt zu handeln.

Seit Bayern als erstes Bundesland über den Maßnahmenkatalog zur AIDS-Bekämpfung das gesamte Instrumentarium des Bundesseuchengesetzes von der Kontrolle bis zur Entrechtlichung und Absonderung von sogenannten Ansteckungsverdächtigen in Anschlag bringt, reißen Meldungen über Diskriminierung, Nötigung zum HIV-Antikörpertest und juristische Verfolgung auch aus anderen Bundesländern nicht ab.

Gegenwärtig besteht die Gefahr, daß die Verrechtlichung der AIDS-Problematik und die Instrumentalisierung der gesundheitspolitischen Debatte verhindern, daß auch diejenigen in den psychosozialen Aufklärungsprozeß einbezogen werden, die andere bereits aufgegeben haben oder die an sich selbst verzweifeln.

Dagegen setzen die AIDS-Hilfen auf praktische Solidarität. Der Frankfurter Aktionstag bedeutete einen Schritt in diese Richtung: Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren in betroffene und nicht betroffene Menschen, in Einsichtige und Uneinsichtige, in Verantwortungslose und Verantwortungsvolle. Niemand kann uns lehren, daß Schwule nicht schwul, daß Lesben nicht lesbisch sein dürfen, daß Prostituierte ehrlos sind, daß FixerInnen nicht leben wollen. Wir verzweifeln an allen, die ganze Menschengruppen als Unbelehrbare, Uneinsichtige und Desperados (Verzweifelte) verurteilen, statt offen, sorgend und stützend auf ihre Mitmenschen zuzugehen.

Die Demonstration begann am Kaisersack (Treffpunkt männlicher Prostituiertes und Drogengebraucher), führte über die Stationen Theaterplatz (Schwulentreff), Hauptwache (Themenschwerpunkt Recht), Konstabler Wache (Thema Asylrecht und Strafvollzug), Breite Gasse (Treffpunkt

weiblicher Prostituerter) zum Römer, auf dem die Hauptkundgebung stattfand.

Der Aktionstag wurde am Abend durch die Aufführung eines Theaterstücks der Theatergruppe „Institut für plötzliche Bewegung“ und durch den Ball der Unbelehrbaren (u.a. mit Georgette Dee, Ladies Neid, Mänü, Trio Ohura, Theatergruppe der Drogenhilfe Tübingen, Münchner Ruhestörung) abgeschlossen. Gerade das kulturelle Rahmenprogramm und das Fest machten deutlich, daß das Leben mit dem Positiv-Sein, der Einsatz für Emanzipation und gegen Ausgrenzung in dieser Gesellschaft ein integrierter Bestandteil der Lebenswelt von vielen geworden ist – einer Lebenswelt, in der auch Platz für Freude und Ausgelassenheit ist, trotzdem und erst recht. Das meint die „unerträgliche Lebendigkeit der Positiven“. Die lassen wir uns von niemandem nehmen.

Für eine menschliche AIDS-Politik Aufruf der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.

Am 9. Juli 1988 gehen wir alle als Uneinsichtige, Unbelehrbare und Desperados (Verzweifelte) auf die Straße. Wir solidarisieren uns mit den HIV-Antikörper-Positiven, die mit den Instrumenten des Seuchenrechts „aus dem Verkehr“ gezogen werden sollen – und das unter dem falschen Etikett der AIDS-Prävention.

Wir sehen nicht ein,

- daß Schwule, FixerInnen und Prostituierte zum HIV-Antikörper-Test genötigt werden, zunehmend auch außerhalb Bayerns,
- daß HIV-Antikörper-Positiven unter dem Vorwand der medizinisch-psychologischen Beratung Verhaltensvorschriften gemacht werden sollen, Vorschriften, die die Menschenrechte außer Kraft setzen,
- daß die weitgehend ehrenamtlichen Beratungs- und Betreuungsangebote der AIDS-Hilfen ausgetrocknet werden sollen zugunsten von „Kontrollberatungen“ durch Ärzte, und daß dadurch deren Profit garantiert wird,
- daß Politiker, Juristen, Mediziner u.a. in ihrer Diskussion um AIDS-präventive Maßnahmen Kontrolle statt Beratung, Abgrenzung statt Solidarität fordern.

Wir wenden uns entschieden dagegen, daß Menschen als uneinsichtig und unbelehrbar abgestempelt und ausgegrenzt werden, weil sie angeblich nicht für Verhaltensänderungen zum Schutz vor HIV zu gewinnen seien.

Wir kämpfen gegen eine Politik, die vorgibt, AIDS-Prävention zu sein, die tatsächlich aber eine „lebenslange, der Krankheit angemessene Quarantäne für Uneinsichtige“ (Oberbürgermeister Brück, Frankfurt) will.

Politik und Gesellschaft müssen einsehen,

- daß Einrichtungen der Selbsthilfe im Schwulen-, Drogen-, Prostituierten- und Knastmilieu erhalten und ausgebaut werden müssen,
- daß die selbstorganisierten psychosozialen Aufklärungs-, Beratungs- und Betreuungsangebote finanziell abgesichert werden müssen,
- daß AIDS-Aufklärung mit Vernunft, Phantasie und Solidarität erforderlich ist: zur Bewältigung von Angst, Schmerz und Trauer, zur Erhaltung unserer

Gesundheit, denn die ist nicht nur von AIDS bedroht, sondern auch von einer repressiven AIDS-Politik, welche Ausgrenzung statt Hilfe anbietet und so Verzweifelte (Desperados) produziert.

Beteiligen auch Sie sich an diesem Aktionstag!

Die unerträgliche Lebendigkeit der Positiven Aufruf des Landesverbandes der hessischen AIDS-Hilfen

Als die Nazis in Dänemark die Juden verschleppen und ermorden wollten, steckten viele Dänen, darunter das dänische Königshaus, den Davidstern an, um verwechselbar zu sein. So wurde die Vernichtungsstrategie der Deutschen aufs schwerste behindert, und viele Juden konnten sich retten.

Heute gehen wir alle gemeinsam als Unbelehrbare, Uneinsichtige, als sogenannte Desperados (Verzweifelte) an der Seite von Frauen und Männern auf die Straße, die mit dem politischen Instrument AIDS aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Wir machen uns verwechselbar und versuchen Internierung, Inhaftierung und Zwangsmaßnahmen aller Art entgegenzutreten. Was vor rund eineinhalb Jahren durch den Frankfurter OB Brück angekündigt wurde, eine „lebenslange, der Krankheit angemessene Quarantäne“ für Uneinsichtige, das wird Schritt für Schritt Wirklichkeit; und dem schauen wir nicht länger untätig zu, denn:

Nicht die drogenabhängige Frau ist uneinsichtig, wenn sie für 50 DM mehr Sex ohne Kondom zuläßt, sondern der gutsituierte Freier, der in Strafverfahren, wie in München geschehen, auch noch als Nebenkläger zugelassen wird.

Nicht der Partner/innen-Wechsel ist der „Motor der Seuche“; vielmehr schadet das öffentliche Schlechtmachen selbstbestimmten Lebens Schwulen und anderen Männern und Frauen: Verschämt in dunkle Ecken abgedrückt, läßt sich Verantwortung weit schlechter übernehmen.

Nicht „Treue“ ist der beste Schutz, sondern das Wissen um die HIV-Übertragungswege, das demokratische Setzen auf Mündigkeit der beim Sex beteiligten Menschen und die öffentliche Anerkennung der unterschiedlichen Lebensstile.

Nicht ein „Abschotten“ der Grenzen gegen Menschen aus der Dritten Welt verhindert Infektionen, sondern bewußt gelebte Verantwortung, die keinesfalls delegierbar ist; und da haben wir gegenüber den Frauen und Männern aus den unterworfenen Teilen der Erde unendlich viel gutzumachen.

Nicht ein Umverteilen der Arbeitsplätze zuungunsten der Positiven darf „Recht“ werden (denn AIDS ist offensichtlich für alle Themen mißbrauchbar),

sondern vielmehr eine soziale Wirtschaftspolitik mit einem garantierten Arbeitsplatzrecht für Positive und das Verbot, den HIV-AK-Test in den betrieblichen Prozeß einzubeziehen.

Es gibt keine „Unbelehrbaren“ im Sinne der öffentlichen AIDS-Diskussion, sondern nur Schwachgemachte in Lebenssituationen, die gemessen am Standard dieser Kultur unwürdig sind.

Es gibt keine „Uneinsichtigen“, sehr wohl aber das Bedürfnis einiger machthabender Männer, die Ware Frau oder Mann AIDS-frei kaufen zu können, ohne Verantwortung übernehmen zu müssen.

Es gibt keine „Desperados“, wohl aber Verzweifelte, verzweifelt über gewaltige gesellschaftliche Strömungen, die AIDS als Motor für genormtes Leben in der menschlichen Gemeinschaft einsetzen. Und dafür müssen landauf, landab Exempel statuiert werden: Die beispielgebende Aburteilung der sogenannten Uneinsichtigen.

Dieses Beispiel trifft alle menschliche Lust an und für sich. Jede und jeder kann es spüren, und einzelne von uns sitzen dafür im Gefängnis oder in Zwangstherapien.

Das darf nicht so weitergehen!

Kommt zur Demo!

Reden: Kaisersack

Karl-Georg Cruse, Schwulen-Referent der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.

Unbelehrbar

Uneinsichtig

Desperado

Ich bin ein Unbelehrbarer.

Niemand kann mich lehren, daß Schwule nicht schwul sein dürfen, daß Lesben nicht lesbisch sein dürfen, daß Nutten ehrlos sind, daß Fixerinnen und Fixer nicht leben wollen. Und ich will nicht lernen, daß bitterste Not der Asylsuchenden um ihre körperliche und seelische Existenz uns nicht verpflichtet, ihnen vorbehaltlos zu helfen.

Ich bin uneinsichtig.

Ich will nicht einsehen, daß die von mir mitgestaltete Gesellschaft nicht fähig ist, ihre Angst vor Menschen mit HIV und vor Menschen mit AIDS zu überwinden.

Ich bin ein Desperado, ein Verzweifelter.

Ich verzweifle an allen, die ganze Menschengruppen als Unbelehrbare, Uneinsichtige und Desperados verurteilen, statt offen, sorgend und stützend auf ihre Mitmenschen zuzugehen.

Aber ich bin froh, daß ich nicht alleine bin. Wir alle sind hier zusammengekommen, weil wir unbelehrbar, uneinsichtig und verzweifelt sind. Wir sehen, daß Menschen aus Angst vor AIDS oder um oft menschenverachtende Ordnungsvorstellungen durchzusetzen, ausgegrenzt, psychiatrisiert, ja vor den Richter gezerrt werden sollen.

Wir wollen zeigen, daß wir mit ihnen zusammengehören. Mit ihnen und nicht von ihnen zu unterscheiden wollen wir durch Frankfurt gehen, wie wir mit ihnen durch unseren Alltag gehen.

Auf unserem Weg wollen wir immer dann halt machen, wenn einigen von uns – und das sind wir immer alle – ein besonders dicker Stein vor die Füße geworfen wird.

Als erstes werden wir das Recht der Drogengebraucher auf ein menschenwürdiges Leben und auf Schutz ihres Lebens – ohne Vorbehalte – einfordern.

Dann werden wir gemeinsam fordern, daß männliche Prostituierte wie Menschen, nicht wie gefährliche Tiere behandelt werden.

Am Theaterplatz – gegen 13.15 Uhr – werden schwule Männer jeden anklagen, der ihnen ihr Recht auf ihr Schwulsein und ihren schwulen Lebensstil bestreitet.

Um 14.00 Uhr, an der Hauptwache, wollen wir alle als Menschen mit HIV unser Recht auf Arbeit und Wohnung geltend machen. Und eine halbe Stunde später, an der Konstabler Wache, müssen und wollen wir diejenigen sein, die in unserer Gesellschaft am ohnmächtigsten sind, Asylsuchende und Strafgefangene. Gegen 15.00 Uhr in der Breiten Gasse werden wir die Freier anklagen, die Nutten als Freiwild benutzen und sie dafür bestraft wissen wollen. Und dann wollen wir nicht beklagen, daß unter uns schwache Menschen sind. Wir wissen, daß wir alle auch schwach sind – und wer von uns ist schon völlig gesund?

Das beklagen wir nicht, sondern wir klagen alle an, die meinen, sie müßten die Starken vor den Schwachen, die Gesunden vor den Kranken schützen.

Am Ende unseres heutigen Weges – gegen 16.00 Uhr am Römer – wollen wir allen anderen zeigen, daß wir mit allen Menschen mit HIV und mit allen Menschen mit AIDS zugewendet leben wollen, positiv leben.

Machen wir uns gemeinsam auf diesen guten Weg.

Helmut Ahrens, Referent Drogen und Strafvollzug bei der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.

- Nach Einführung des Maßnahmenkataloges in Bayern
- nach Verurteilung von 5 Menschen, die als HIV-Positive ohne Kondom gevögelt haben – z.T. mit Einwilligung ihrer Partner
- nach Verabschiedung der Koalitionsvereinbarungen der Bundesregierung über die Anwendung des Bundesseuchengesetzes in Einzelfällen bei sogenannten Uneinsichtigen, Unbelehrbaren oder Desperados
- nach der Durchführung von Zwangstests bei infektionsverdächtigen Personen aus regionalen Drogen-, Prostituierten- und Schwulenszenen innerhalb und außerhalb der Strafhaft
- nach der Absonderung von HIV-positiven Menschen in der Strafhaft und in Psychiatrien, nach der Forderung von Seuchenpolitikern, Juristen, Medizinnern und sogenannten AIDS-Experten aus unterschiedlichen Fachkreisen, „Uneinsichtige“ aus dem Verkehr zu ziehen,

haben wir als Zugehörige von Betroffenengruppen oder als Partner und Freunde/innen von Menschen mit HIV und Menschen mit AIDS nicht viel zu sagen außer diesem: Wir kämpfen um unsere Rechte, weil wir in eine primäre politische/moralische Defensive gedrängt werden, von der wir uns nur durch praktisch gelebte Solidarität loseisen können.

Gegen die am Faktor AIDS einsetzende Verunsicherungs- und Entmutigungspolitik in Schwulen-, Prostituierten- und Fixerszenen treten wir für eine Ermutigungs- und Antidiskriminierungspolitik ein. Wir denken, daß überall dort, wo die Grenzen der AIDS-Prävention sichtbar werden, nicht die Verrechtlichung unserer Beziehungen gefordert ist, sondern ihre Freiheit.

D.h. zum Beispiel, daß das Selbstbestimmungsrecht in der Sexualität, das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit, die kulturelle Gestaltung unserer Lebensstile und nicht zuletzt unser Überlebensrecht entwickelt werden müssen. Keine AIDS-Prävention ohne Emanzipation!

Was heißt das für Menschen mit HIV- und AIDS-Bedrohung oder Betroffenheit in Drogen- und Prostituiertenszenen?

Schluß mit der Kriminalisierung und Ausgrenzung von Fixern und Ex-Usern!

Schluß mit der Spaltung in illegale und legale HIV-Positive oder AIDS-Erkrankte durch Anwendung des Bundesseuchengesetzes!

Schluß mit der rassistischen Anti-AIDS-Propaganda, der vielerorts systematisch geschürten AIDS-Hysterie und der AIDS-Paranoia!

Schluß mit den alltäglichen Überwachungs-, Erfassungs- und Verfolgungspraktiken der Polizei gegenüber Frauen und Männern in Drogen- und Prostituiertenszenen! Keine AIDS-Dateien!

Wir brauchen kein Betäubungsmittelgesetz und keine Seuchengesetze, um uns vor AIDS zu schützen. Wir brauchen Arbeit, Wohnungen und eine bedürfnisgerechte Kultur zur Entwicklung unserer Lebensentwürfe und Selbsthilfeprojekte und eine problemnahe AIDS-Aufklärung.

Wir brauchen keine Apparate-Medizin, sondern eine humane Medizin, die unser gesundheitliches Interesse als süchtige Menschen und Menschen mit AIDS ernst nimmt.

Wir brauchen einen partnerschaftlichen Dialog in der Aufklärung über gesundheitliche Risiken anstelle hierarchischer Dialoge zwischen Wissenden und Unwissenden.

Wir brauchen als UserInnen Kondome und den Zugang zu sauberen Fixen ohne Beratungszwang.

Wir brauchen nicht das Drogen- und AIDS-Business, sondern praktisch lebbare Hilfsangebote, die unseren Lebenserfahrungen und Bedürfnissen entsprechen.

Dazu gehört für Drogengebraucher die Sicherstellung einer gesundheitlichen Grundversorgung durch medizinische und soziale Ambulanzen in der Drogenszene, wie z.B.

1. Drogennotfallstationen in den kommunalen Krankenhäusern
2. Kriseninterventionszentren mit Übernachtungsangeboten, suchtbegleitender Betreuung, Spritzenumtausch und Substitutionsbehandlungsangebot sowie AIDS-Beratung
3. Fixerkontaktläden mit Dusch-, Eß- und Waschelegenheit sowie Selbsthilfeprojekten, Safer Use- und Safer Sex-Beratung von Betroffenen für Betroffene, Treffpunkte für AIDS-erkrankte User, Servicedienst für Wohnungsvermittlung und Schuldenregelung
4. zusätzlich zu vorhandenen Drogenberatungs- und Therapiestellen Kontakt- und Beratungsstellen für drogenabhängige Frauen
5. Beratungsbusse bzw. Container in Drogen- und Prostituiertenszenen und Streetwork-Angebote.

Dazu gehört für Ex-UserInnen

1. Die Unterstützung von Selbsthilfegruppen durch Gelder der öffentlichen Hand für den Betrieb von Häusern, Werkstätten, Arbeits- und Kulturprojekten
2. Die Gründung von Schuldentilgungsfonds
3. Die Bereitstellung von Wohnungen mit Betreuungsangebot für AIDS-Erkrankte, die ambulant behandelt werden

4. Die Förderung von Nachsorgekontaktläden, um am Ende einer Abstinenztherapie mit Jobvermittlungsservice, Beratung für Betriebsgründungen, Rückfallberatung und AIDS-Beratung helfen zu können.

5. Kontakt- und Beratungsangebote für HIV-positive und HIV-negative Ex-UserInnen mit Kindern einschließlich einschlägiger Servicedienste wie Babysitting, Sozial- und Familienberatung, Schularbeitenhilfe etc.

Die Unterlassung dieser Angebote führt gegenwärtig bei einer Reihe von Menschen mit einer Drogen- und HIV-Problematik zu einer objektiven und subjektiven Perspektivlosigkeit.

HIV-Infektionen und AIDS verursachen zusätzlich eine tiefgreifende Verzweiflung in uns, die nicht durch neue Gesetze, Repression oder offene Gewalt gegen unsere Überlebensinteressen gelöst werden kann. Die zweifels- ohne notwendige Vorsicht, die nach HIV und AIDS beim Vögeln und beim Fixen angesagt ist, kann entgegen vieler Vorurteile in der Allgemeinbevölkerung gegen unseren Lebensstil nicht durch Zwang, sondern nur mit Vertrauen durch Freiwilligkeit erwartet werden.

Wir protestieren gegen die Herabwürdigung unserer Liebes- und Rauschbedürfnisse zu Berechnungsgrößen der sozialen und gesundheitlichen Ver-waltung.

Wir protestieren gegen die Verantwortungslosigkeit der patriarchalen Mehrheit der HIV-negativen oder noch nicht identifizierten HIV-positiven Menschen, die uns als HIV-Antikörperpositive einseitig die Verantwortung für den Schutz vor Ansteckung mit dem Virus HIV zuschieben wollen.

Wir protestieren gegen eine AIDS-Aufklärung und AIDS-Beratung, die auf Angst und Hysterie gegründet ist.

Wir kämpfen für eine AIDS-Prävention, die unsere Bedürfnis- und Problem-lage nicht ignoriert oder verdrängt, sondern die uns praktisch unterstützt.

Wir trauern um diejenigen, die in Unfreiheit in Knästen und Psychiatrien an AIDS sterben müssen.

Wir kämpfen für eine AIDS- und Drogenpolitik, die auf Vernunft und Soli-darität aufbaut.

Gebt der Ghettoisierung und dem Rückzug auf uns selbst keine Chance!

Laßt Euch nicht entmutigen im täglichen Kampf ums Überleben und im Kampf gegen AIDS!



Theaterplatz

Hans Peter Hauschild, AIDS-Hilfe Frankfurt e.V.

Im letzten November haben wir Schwulen hier in Frankfurt beim „warm-up“-Festival schweigend demonstriert. Heute müssen deutliche Worte folgen, denn wir sind zusammen mit den Prostituierten, den Drogenabhängigen und anderen Männern und Frauen auf der Straße, die ebenso wie wir die Normen brechen. Wir alle sind uneinsichtig. Wir sehen nicht ein, daß wir Infizierten und Hauptbetroffenen 200 % Verantwortung tragen sollen. Wir leben selbstverständlich weiter unsere Sexualität! Wir lassen uns auch nicht spalten in brave Schwule und gefährliche, süchtige Nutten. So wie wir „schwul“ sagen statt „homosexuell“, um im Begriff der Verachtung unseren Stolz zu formulieren, sagen wir heute „uneinsichtig“, um den Stolz unseres selbstbestimmten Lebens auszudrücken.

Und mehr noch als Worte: wir brauchen Taten der Solidarität – wir Schwulen, wir Nutten, wir Süchtigen inmitten dieser Gesellschaft, die einen AIDS-Zeitgeist der Drohung und der Verachtung geschaffen hat. Eine solche Tat ist diese Demonstration und heute abend der Ball der Unbelehrbaren. In beiden Fällen machen wir uns verwechselbar mit den Frauen und Männern, die wegen ihrer Sucht anschaffen gehen müssen und dafür von unserem Oberbürgermeister Brück mit „lebenslanger, der Krankheit angemessener Quarantäne“ bedroht werden, wenn sie HIV-infiziert sind.

Was HIV-Infiziertsein bedeutet, wie schwer es uns drückt, daß unsere Reihen sich so schmerzlich lichten, das wissen gerade wir Schwulen. Aber was dazuhin noch die Drohgebärde des Staates bedeutet, wenn ich süchtig bin und völlig verarmt außer der Möglichkeit, Sex zu verkaufen, das wissen unsere Schwestern und Brüder am Kaisersack und in den Ecken dieser Stadt. Ihnen allen gilt unsere schwule Solidarität rückhaltlos, und Herr Brück wird seine erst kürzlich erneuerten Internierungspläne nicht durchführen können ohne massivsten schwulen Widerstand in dieser Stadt, Seite an Seite mit den Männern und Frauen, die anschaffen gehen und vielen anderen, die vernunftgeleitet und solidarisch nicht das Augenmaß der Verhältnismäßigkeit so völlig verloren haben wie die Herren im Römer: Wie kann denn ein sozialstaatliches Gemeinwesen ausgerechnet die Schwächsten der Schwachen – ausge-

rechnet wenn sie von einer schweren Krankheit bedroht sind – noch dazu mit Internierung bedrohen?

Wir Schwulen fürchten diese Drohung gegen die Prostituierten auch darum, weil die Sache mit den Uneinsichtigen ein Dominospiel ist: Heute die süchtigen Nutten, morgen die Schwulen. Und zwar nicht massenhaft, sondern exemplarisch, so daß die Behörde immer sagen kann: Es sind doch nur so wenige. Welch bodenloser Zynismus! Hier werden die Menschenrechte mit Füßen getreten!

Der AIDS-Zeitgeist hat aber auch viel mit uns Schwulen gemacht, und wir sind empfänglich dafür, weil so viele von uns körperlich und seelisch leiden und viele verstorben sind. Die schwule Solidarität mit den Nutten ist das eine, die unter uns selbst aber eigentlich dafür die Voraussetzung. Und wir brauchen sie mehr denn je. Auch weil Frankfurter Männer zunehmend Schwule überfallen. Das läuft etwa nach folgendem Muster ab: Zwei Männer haben sich auf der Straße im Arm, man sieht, daß sie sich mögen.

Frankfurter Bürger kommen entgegen und fragen, ob die beiden wohl schwul seien, ziehen, wenn die Antwort heißt: „Na klar, was denn sonst?“ Schlagstöcke und Eisenringe aus der Jackentasche und schlagen die beiden krankhausreif. In den letzten Wochen sind allein bei uns in der AIDS-Hilfe Frankfurt 11 solche vergleichbare Szenen berichtet worden. Und die meisten werden sich wohl nicht melden, aus Angst, verdächtigt zu werden, analog zu der Vergewaltigung der Frauen: Schwule Paare – auch nicht anstössiger als heterosexuelle Liebespaare, und selbst wenn sie es gewesen wären: wir nehmen es nicht hin!

Ich fordere auch nicht den Schutz der Polizei, denn woher sollte das Vertrauen kommen? Aber wenigstens „fairness“, wenn sie mal dazu kommt. Ich fordere, daß sie nicht die Gewalttäter beinahe wieder laufen läßt, wenn sie erfährt, daß es Gewalt gegen Schwule war – wie geschehen. Aus anderen bundesdeutschen Städten höre ich ähnliches.

Offensichtlich haben die Denk- und Empfindungsweisen um AIDS viele Männer verführt, Schwule nicht „nur“ zu verachten. Und das sind eben nicht nur Neonazi-Jugendliche. Die sind es ab und zu auch. Sondern es sind die unterschiedlichsten Typen Frankfurter Männer. Leider sind auch immer wieder türkische Männer darunter. Erhofft ihr euch denn dadurch Anerkennung als „gute Deutsche“ von jenen „guten“ Deutschen, die euch hier vertreiben? Ausländer, Prostituierte, Junkies und Schwule, laßt uns gemeinsam gegen dieses aggressive Ding AIDS in der Hand dieser aggressiven Gesellschaft angehen!

Aber nun nochmal zu uns schwulen Männern: Bei diesen Prügelgeschichten sind viele, die dabei waren, einfach weggelaufen. Und wenn im Park oder

beim anderen Treffpunkt eine grölende Männerhorde naht, oder die Polizei bei einer ihren überflüssigen und feindseligen Kontrollen die Scheinwerfer zwischen unsere Beine lenkt, dann zerstieben die Gespielen in alle Winde – zurück bleiben einzelne, zu wenige, um sich effektiv zu wehren oder der Polizei mutig die Meinung zu sagen.

Klar – Diskriminierung macht scheu! Und AIDS hat uns körperlich, seelisch und politisch noch mehr verschreckt, mich auch.

Aber nur Schulterschluß hilft hier, schwule Solidarität! Und das bedeutet:

- Nicht die Freunde verlassen, wenn sie krank werden, sondern erst recht zu ihnen gehen!
- Nicht tratschen über Infizierte und Gerüchte erfinden, was diese alles wohl treiben, sondern selbstverständliche, positive Gemeinschaft sein von Infizierten, Nicht-Infizierten und denen, die das gar nicht wissen wollen.
- Nicht erst im Bett zeigen, wenn wir jemanden toll finden, sondern auf der Straße den Freund anpacken, wie es vor ein paar Jahren völlig selbstverständlich war.
- Nicht Rückzug ins unauffällige Privatleben, sondern ausgehen, offen schwul leben und um Gottes Willen die kommerzielle Subkultur nutzen als schwulen Ort.
- Ebenso die Gruppen nutzen als Möglichkeit politischer, sportlicher oder geselliger Aktivität.

Wir verstecken uns nicht . . . jetzt erst recht offen und offensiv sein! Und wenn unsere schwulen Orte, Kneipen und was sonst unsicher gemacht werden, dann werden wir uns wehren! Da waren wir schonmal besser! Parkwachen wären der Anfang. Andere Selbst-Hilfe wird folgen! Gerade hierfür steht AIDS-Hilfe ein!

AIDS als Krankheit ist schlimm genug. Das schwule Leben lassen wir uns nicht zerstören.



Andreas Meyer-Hanno, „Maintöchter“

Im Diskurs vom 20. Januar 1988 sprach Baghwan über den Zusammenhang zwischen Homosexualität und AIDS: „Homosexuelle haben die Krankheit AIDS geschaffen, denn sie sind verdorben. Homosexualität ist absolut unfruchtbar, sie erschafft überhaupt gar nichts . . . Und die an AIDS erkrankten Menschen müssen ausgesondert werden. Sie sollten in ihren eigenen kleinen Städten leben, wo alle an AIDS leiden: die Ärzte, Schwestern, Patienten und Wissenschaftler. Darin gibt es keine Gefahr mehr.“

Uns Menschen sind offenbar zwei Begabungen in die Wiege gelegt worden, die etwas miteinander zu tun haben: Die Gabe des Vergessens und die Gabe, Vergangenes zu verklären. Sich also falsch zu erinnern. Die älteren Homosexuellen neigen dazu, das, was in Deutschland nach 1945 passierte, heute unter eher freundlichen Aspekten anzusehen. Dabei trägt sie ihre Erinnerung, denn sie übersehen, daß ihnen im Muff und Mief der Adenauer- und Erhard-Zeit jegliche freie Entfaltung ihrer Sexualität versagt war. In jener „bleiernen Zeit“ stand die Instanz des allzeit präsenten Sittenpolizisten, wenn auch nicht in persona, so doch als richtende und aburteilende Bedrohung in jedem homosexuellen deutsche Schlafzimmer. Die von den Alliierten betriebene Umerziehung der Deutschen zur Demokratie endete vor der Bettkante. Die Rechtsprechung der Nazis blieb, die Polizisten blieben die gleichen, die Richter blieben die gleichen, der Apparat staatlicher Überwachung blieb, wie er war. Ein Umdenken auf dem Gebiet der Sexualmoral hat in beiden Teilen von Deutschland nie stattgefunden. Auch die allmähliche Aufweichung in der Behandlung des § 175 in den 60er Jahren, schließlich seine partielle Aufhebung im September 1969 war eher ein Nebenprodukt der allgemeinen sexuellen Liberalisierung als das erfolgreiche Resultat eines Kampfes der Homosexuellen.

Dennoch schien es so, als ob anderthalb Jahrzehnte hindurch das ständige Beharren auf dem Recht sexueller Selbstverwirklichung allmählich so etwas wie ein Klima gesellschaftlicher Akzeptanz geschaffen hätte, ja, eine zeitlang konnte es durchaus Spaß machen, in Deutschland schwul zu sein. Vor allem in der jungen Generation schien „schwul“ kaum mehr ein Thema zu sein, zumindest für Jugendliche, die in größeren Städten mit ihren zahlreichen und vielfach gefächerten Subkulturen aufwuchsen.

Wie dünn diese Schicht sozialer Akzeptanz tatsächlich war, zeigte sich bei der ersten schweren Belastung, dem Aufkommen von AIDS um 1982. Der Ruf nach Eingrenzung, Kenntlichmachung, schließlich Ausgrenzung der Homosexuellen als potentiellen Multiplikatoren der Krankheit wurde überall hör-

bar. Es wird wieder in homosexuellen Schlafzimmern herumgeschnüffelt, nur ist diese Schnüffelei staatlicher Instanzen nun nicht mehr moralisch begründet, sondern entspringt vorgeblich einer gesundheitspolitisch motivierten Notwendigkeit. Der Geist, der hinter diesen Zwangsmaßnahmen steht, ist der gleiche, die Methoden, mit denen gearbeitet wird, sind die gleichen. Wenn Sprache etwas verrät, dann hier: Ständig wird von „Tätern“ gesprochen, niemals von „Opfern“. Wer „Ausdünnung einer Szene“ sagt, der meint deren Ausrottung.

Mein eigenes Coming Out Ende der 40er Jahre war vor allem von Angst geprägt, und ich möchte es keinem heranwachsenden Jungschwulen wünschen. In den 70ern habe ich die Jugendlichen fast beneidet um die Vielzahl von Informations-, Kontakt- und Sozialisierungsmöglichkeiten, die ihnen nun zur Verfügung stand. Wer heute seinen Prozeß der sexuellen Selbstfindung durchmacht, kann – wie lange noch? – auf dieses Instrumentarium zurückgreifen. Dennoch wird jedes heutige Coming Out wiederum von Angst geprägt sein, Angst, die aus einer anderen Richtung kommt, Angst, die zwar auch noch Furcht vor sozialer Ausgrenzung enthält, deren wesentliches Moment jedoch in der Bedrohung durch Infektion, Krankheit und Tod liegt.

Als Homosexualität noch unter die Krankheiten und Perversionen eingeordnet wurde, galten wir Schwulen als labil, durchsetzungsunfähig und zum Versagen geneigt. Die große Überraschung der Untersuchung von Dannecker und Reiche vor 15 Jahren lag im Nachweis der Autoren, daß Schwule, ganz im Gegenteil, lebensstüchtig, erfolgsorientiert, vor allem aber anpassungsfähig sind. Diese Anpassungsfähigkeit, die natürlich auch zum Teil Überlebensstrategie ist, hat sich auch in ihrem Umgang mit AIDS erwiesen. Als ich Martin Dannecker vor einiger Zeit fragte, ob sich schon Resultate seiner jüngsten, noch breiter angelegten Untersuchung abzeichneten, sagte er: „Ich bin noch bei der Auswertung, aber eins ist jetzt schon klar. Das Sexualverhalten hat sich vollkommen geändert.“ Jeder, der seinen Fuß in die schwule Szene setzt, wird das bestätigen. Man(n) weiß, daß zu einer Infektion, damit sie zustande kommt, *zwei* gehören, daß man AIDS nicht kriegt, sondern sich holt, daß jeder ungeschützte Sexualkontakt ein Risiko birgt und daß man, bei allem, was man macht, die Verantwortung für sich selbst tragen muß und sie keinem Partner anlasten darf. Daß bei einer so mächtigen Antriebskraft wie dem Sexualtrieb das Schutzsystem nicht lückenlos sein kann, liegt in der Natur der Sache. Mit diesem „Restrisiko“, ich benutze bewußt das ominöse, ja schreckliche Wort, müssen wir leben.

„Anpassung“ hat stattgefunden und mußte wohl stattfinden. Nur geht meine Befürchtung dahin, daß wir allzusehnell mutieren und daß wir über dem „Mit

AIDS leben“ vergessen, welche Freiräume von gelebter Phantasie da zugeschüttet worden sind; daß wir uns abfinden ohne Zähneknirschen, daß wir zu vergessen geneigt sind, was an Verzicht uns da tagtäglich abverlangt wird; daß wir keine Trauer empfinden, sondern die Einengung und Abschnürung von Sexualität schließlich als normal empfinden.

Ich sagte eben, daß Erinnerung verklärt, und ich selbst unterliege wohl gerade dem Vorgang des falschen Erinnerns, bei dem nur das im Gedächtnis bleibt, was richtig und wichtig war. Dennoch: *Da war was!* Und das droht nun, verloren zu gehen. Wenn wir nicht ständig im Bewußtsein haben, was an Spontaneität, an unverkrampftem Umgang mit Körperlichkeit, auch was an Lust auf der Strecke geblieben ist, wenn wir uns zu Mutanten machen und uns verkrüppeln lassen, werden wir als Schwule nicht vor dem bestehen, was da vermutlich noch auf uns zukommt.





Günter Dworek (Bundesverband Homosexualität)

Emanzipation statt Repression

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir Schwule gehörten ja schon immer zu den Unbelehrbaren im Lande. Selbst harte erzieherische Maßnahmen wie Psychiatrisierung und Knast konnten uns nie so recht von den Segnungen zwangsnormierter Sexualität überzeugen. Vor Anbeginn des AIDS-Zeitalters schien es allerdings eine Zeitlang so, als hätte man es aufgegeben, Homosexuelle zur Einsicht zu prägen.

Heute wird uns aber wieder deutlich gesagt, wo Schwule hierzulande ihren gesellschaftlichen Ort haben: Im Schweinestall. Wenn ein bayerischer Innenminister im Landtag Homosexualität als Schweinerei bezeichnet, wird ihm nicht das volksverhetzerische Mundwerk gelegt. Er spricht nur aus, was alle denken sollen. Denn was Schwule doch für Schweine sind, wird dem deutschen Otto Normalverkehler von einer AIDS-gewinnlerischen Journaille wöchentlich vorgeführt. Unter deren Feder mutiert selbstbestimmtes schwules Leben zum Virus-Biotop.

Kein Wunder, daß Gewalttaten gegen Schwule zunehmen, fühlen sich doch manche berufen, diesen Sumpf trockenulegen. Aber auch das Bundesgesundheitsministerium – gemeinhin als Hort der Liberalität gefeiert – beteiligt sich an der Diffamierung unserer Lebensstile. Dort spricht man natürlich nicht von Schweinkram. „Promiskuität ist der Motor der Seuche“ heißt es vielmehr auf gut treudeutsch. Die offizielle AIDS-„Aufklärung“ nähert sich immer mehr dem katholischen Dogma: Homosexuell zu sein, ist keine Sünde, schwulen Sex zu haben, aber führt zur Verdammnis.

Das Schlechtmachen schwuler Lebensstile vergiftet nicht nur das gesellschaftliche Klima, es schadet auch all unseren Präventionsbemühungen, die auf sexuelle Selbstbestimmung statt auf Moralpropaganda setzen.

Nicht wir müssen uns einer zwangsmonogamen Norm anpassen. Die Gesellschaft muß ihr Verhältnis zur Homosexualität normalisieren: Es muß endlich Schluß sein mit der Überwachung und Bespitzelung schwuler Treffpunkte durch Razzien und Polizeikontrollen. Wir fordern die Vernichtung aller behördlichen Homosexuellenregister (Rosa Listen), die Entdiskriminierung schwuler Lebensformen und die Förderung schwuler Emanzipationsarbeit. Die AIDS-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat hier mit ihrer Empfehlung, den § 175 aus dem Strafgesetzbuch zu streichen, ein erfreuliches Zeichen gesetzt. Es liegt nun an uns, dafür zu kämpfen, daß dieser Emp-

fehlung auch Taten folgen und das Schandstück endlich dort landet, wo es längst hingehört: auf dem Misthaufen der Geschichte.

Schwulenpolitik muß aber heute mehr beinhalten als die Durchsetzung unserer alten Forderungen. Genauso intensiv sollten wir, die wir am stärksten die bitteren Erfahrungen von Trauer und Angst um unsere Freunde machen müssen, daran arbeiten, daß diese Gesellschaft lernt, mit AIDS zu leben – lernt, insbesondere mit denjenigen von uns zu leben, die als Positive ausgetestet wurden.

Natürlich, alle Welt ist voll des Mitleids mit den armen Positiven, aber nur dann, wenn sie sich doch bitteschön in ihr „Schicksal“ fügen, keine Ansprüche mehr an das Leben stellen, ihrer Lust und Liebe entsagen. Damit sie entsprechend parieren, werden Positive nun in HIV-Modellen zu Patienten degradiert und zugleich medizinischer Fremdbestimmung und Verhaltenssteuerung unterworfen.

Wir dürfen diese perfiden Spielchen – die Negativen ins Töpfchen, die Positiven ins Kröpfchen – nicht mitspielen. Hierin liegt auch eine zentrale Aufgabe der Schwulenverbände. Wir müssen verhindern, daß die uns angetragene Selektion der Positiven auch in den eigenen Reihen Platz greift. Wir lassen uns nicht in Positive und Negative auseinanderdividieren. Genausowenig nehmen wir hin, daß einige von uns stellvertretend herausgegriffen und als „uneinsichtig“ verknastet werden.

Ich erinnere hier nur an den Schauprozeß in Nürnberg. Linwood B. sitzt nun seit 16 Monaten ohne rechtskräftiges Urteil in Haft. Setzen sich die Kriminalisierungstendenzen gegen HIV-Positive weiter fort, müssen sich Regierungen und Behörden nicht mehr mit dem leidigen Bundesseuchengesetz abquälen. Die Justiz biegt sich das Strafgesetzbuch zurecht und besorgt Absonderung und Internierung weitaus reibungsloser. Warum sonst wurden bei allen einschlägigen Verurteilungen gnadenlos Haftstrafen ohne Bewährung verhängt? Gegen ohnehin schon an die Wand gedrückte wird nochmals nachgetreten: statt Solidarität Ausgrenzung, statt Hilfe Knast. Generalpräventiv sollen diese Urteile wirken, abschreckend. Hoffen wir nur, daß in der Gesellschaft die richtige Einsicht wächst: Die Jagd auf „Uneinsichtige“ schützt niemanden. Diese einfachen Rezepte aus dem Giftschränk des Polizeistaates haben nichts mit AIDS-Verhütung zu tun. Dafür sind die Absichten derer, die hier Menschen als „Uneinsichtige“ abstempeln und absondern, nur zu durchsichtig.

Hauptwache

Ingo Marowsky, ÖTV-Vertreter beim Fliegenden Personal der Deutschen Lufthansa

AIDS und Arbeitswelt

Liebe Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

AIDS und Arbeitswelt, das ist ein Thema, bei dem sich zuerst einmal niemand so richtig angesprochen fühlt, es betrifft einen ja nicht. Die meisten von uns sind aber doch wohl Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, oder wollen es werden, und deshalb geht es hier doch wohl die meisten an.

Ich möchte auch alle Passanten hier auf der Hauptwache nochmals herzlich einladen, herzukommen und ein bißchen zu bleiben. Die Geschäfte haben jetzt sowieso schon zu, und hier geht es um ein interessantes Thema.

In der BRD leben schätzungsweise 100.000 HIV-positive Menschen, Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder. Und die Zahlen steigen. Die ganz überwiegende Zahl dieser Betroffenen ist im erwerbsfähigen Alter, sie könnten also Kollegen von uns sein. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis auch in Ihrem Betrieb AIDS ein Thema werden wird. Nicht nur wir, die aktiven Gewerkschafter, auch die Arbeitgeber sehen diese Entwicklung längst kommen: Es gibt kaum einen großen Betrieb, wo es nicht interne Arbeitsstäbe zum Thema gäbe. Da sitzen dann in trauter Runde Personaldirektoren, Firmenjuristen und Betriebsärzte zusammen und versuchen, das Problem frühzeitig irgendwie in den Griff zu bekommen. Und da geht es dann zu wie im richtigen Leben: Da gibt es solche, die warten erstmal ab und gucken, was die anderen machen. Andere handeln, wenn sie schon handeln müssen, vernünftig, und dann gibt es die, die umher tapen wie plumpe Bären und in blindem Aktivismus Porzellan en masse zerschlagen. Zu den einen gehören beispielsweise Konzerne wie VW oder Daimler-Benz, die schon früh erklärt haben, AIDS spiele in ihren Betrieben keine Rolle. Es gibt die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die – wenn überhaupt – dann nur freiwillige Tests durchführt, es gibt den Siemens-Konzern, der hauptsächlich auf Aufklärung setzt.

Es gibt aber auch die Lufthansa, die bei allen Bewerbern mit zukünftigen Tropeneinsätzen Zwangstests angeordnet hat und allen anderen Tests beim

Betriebsarzt anbietet. Und es gibt die AEG, die gleich alle, auch Fahrer und Portiers, reihenweise durchtestet, Aus Erfahrung Gut . . .

Sowohl Lufthansa als auch AEG tun das aus dem tiefen Gefühl der Fürsorge heraus: Zum Schutz eventuell Betroffener vor Gefährdung am Arbeitsplatz. Das macht sich immer gut, wer würde dazu nein sagen, und man steht gegenüber Belegschaft und Öffentlichkeit als fürsorglicher, sozialer Arbeitgeber da.

Aber ich sage Euch eines, mit dem Schutz der Betroffenen oder mit der Verhütung von AIDS hat das nichts zu tun. Es geht um etwas ganz anderes!

Weder Arbeitsschutz im allgemeinen noch Gesundheitsschutz im besonderen hat für die Arbeitgeber jemals eine große Rolle gespielt. Wo ist denn beispielsweise der Gesundheitsschutz bei denjenigen unter Euch, die Tag für Tag in der EDV oder in Banken an Bildschirmarbeitsplätzen sitzen und grüne Augen bekommen, oder bei denen, die an Produktionsbändern in lauten Montagehallen Akkord arbeiten, oder bei den Verkäuferinnen, die sich den ganzen Tag die Beine buchstäblich in den Bauch stehen, ohne sich hinsetzen zu dürfen?

Keine Rede von Gesundheitsschutz; Arbeitsproduktivität und Leistungsfähigkeit werden gegen die Personalkosten aufgerechnet, und am Ende muß ein möglichst positiver Jahresabschluß herauskommen. Fertig – aus. Wer arbeitet, kostet das Unternehmen Geld. Die Personalkosten sind sowieso der größte Posten auf der Aufwandseite der Bilanz, das hören wir jedes Jahr bei den Tarifverhandlungen. Wer aber schon Geld kostet, soll auch arbeiten, und zwar so viel und so gut wie möglich. Für Kranke, auch für vielleicht in der Zukunft Kranke, ist da kein Platz. Genau die sollen nach den Vorstellungen der Arbeitgeber aussortiert werden. Da ist mit Leistungsminderung zu rechnen, da ist im Krankheitsfall Lohnfortzahlung fällig, und wer weiß, was es da noch an Ärger gibt. Am besten raus aus dem Unternehmen, oder gar nicht erst rein.

Darum geht es den Arbeitgebern, Kolleginnen und Kollegen! Knallharte Selektion der tauglichen Arbeitskräfte, kein Gramm Fürsorge. Und wer etwas anderes behauptet, der lügt. Das Spiel heißt Marktwirtschaft, ene – mene – mu – und raus, lieber Positiver, bist Du.

Wenn wir sie so weitermachen lassen, werden die sauberen Herren zu den Millionen bundesdeutscher Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sowieso schon arbeitslos sind, noch viele weitere hinzufügen. Alle werden dann noch sortiert, Normal-Arbeitslose und AIDS-Arbeitslose, die AIDS-Arbeitslosen erhalten per HIV-Test Berufsverbot auf Lebenszeit.

Dieses Verhalten der Arbeitgeber stinkt zum Himmel! Da muß sich etwas ändern, und zwar schnell!

Ich bin ÖTV-Personalvertreter beim Fliegenden Personal der Deutschen Lufthansa. Die Gewerkschaft ÖTV war eine der ersten im Deutschen Gewerkschaftsbund, die sich zum Thema AIDS äußerte. Das tat sie im übrigen nicht, weil sie so fürchterlich fortschrittlich wäre, nein, keine Sorge. Ein Mann aus Bayern, von dem bis dahin noch kaum jemand sprach, zwang sie, Position zu beziehen. Stichwort Bayern – Öffentlicher Dienst. Ganz vorsichtig ließ sich der Hauptvorstand in Stuttgart dann auch zu einer Verlautbarung hinreißen. Auch danach ging es nur ganz langsam und vorsichtig vorwärts. Uns an der betrieblichen Front dauerte es häufig viel zu lange, uns kam die Organisation viel zu behäbig vor. Systemverändernde Kräfte wohnen den deutschen Gewerkschaften schon lange nicht mehr inne.

Aber gerade jetzt, Mitte Juni, hatte die ÖTV ihren Gewerkschaftstag. Für nicht Arbeiterbewegte: Der Gewerkschaftstag ist das höchste Beschlußgremium der DGB-Gewerkschaften. Es lagen über zehn Anträge zum Thema AIDS auf dem Tisch, der hessische, der im übrigen auch die Handschrift der Lufthanseaten trägt, war den Delegierten zur Annahme empfohlen. Dieser Empfehlung ist der Gewerkschaftstag mit großer Mehrheit gefolgt. Die ÖTV hat ihre Lektion gelernt, schnell gelernt. Den Arbeitgebern sei ein Studium unserer Position Punkt für Punkt empfohlen:

1. Die Gewerkschaft lehnt HIV-Tests in den Betrieben ab. Das gilt sowohl für Bewerber und Bewerberinnen wie auch für die Belegschaft.
2. Auch Reihenuntersuchungen werden abgelehnt, selbst wenn sie anonym sein sollten. In diesem Zusammenhang wurde auf die besondere Notwendigkeit des Schutzes von individuellen und kollektiven Daten hingewiesen.
3. Die Gewerkschaft fordert alle ihre Betriebs- und Personalräte auf, entsprechend tätig zu werden und alle gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen.
4. Die ÖTV wird sich des Themas AIDS in Zukunft offensiv annehmen, um die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben über die Krankheit aufzuklären und damit jeder Form der Diskriminierung den Kampf anzusagen.

Das ist eine gute Position. Ich weiß, daß auch andere Gewerkschaften (IGM, GEW) bereits auf einem ähnlichen Weg sind und hoffe sehr, daß bald auch der gesamte DGB auf die gleichen Gedanken kommt. Und eines ist ganz klar: Wenn sogar Frau Ministerin Rita Ratlos Süßmuth, die selbst Mitglied der Bundesregierung ist, ihre Kritik auf's Monieren beschränkt statt zu handeln, bleibt uns nur eines:

Wir Arbeitnehmer müssen unsere Angelegenheiten wieder einmal selbst in die Hand nehmen. Bei uns sind sie sowieso am besten aufgehoben.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

Konstabler Wache

Bernd Aretz, Rechtsanwalt

Liebe Freunde,

wir befinden uns vor einer Haftanstalt, in der ausländische Menschen auf ihre Abschiebung warten müssen. Sie kommen aus Ländern, in denen sie verhungern müßten, weil diese Länder Kolonien waren, deren Sozialstrukturen durch die europäischen Besatzer zerstört wurden.¹⁾

Sie kommen aus Ländern, in denen gefoltert wird, in denen sie wegen ihrer Rasse, Religion, Überzeugungen und wegen ihrer Sexualität verfolgt wurden. Es werden die hinzukommen, die als Arbeitskräfte willkommen waren, aber jetzt HIV-infiziert sind.

Das Grundgesetz gewährt Verfolgten das Recht auf Asyl, das Recht auf ein menschenwürdiges Leben.²⁾

Die Praxis sieht anders aus. Arbeitsverbot³⁾, gekürzte Sozialhilfe⁴⁾ und Lagerunterbringung⁵⁾ sind Teil der Abschreckungspolitik, um einer angeblich drohenden Asylantenflut Einhalt zu gebieten⁶⁾. Dies, obwohl Europa nur 5 % der Flüchtlinge der Welt aufnimmt⁷⁾, und die Bundesrepublik dabei das Schlußlicht bildet.⁸⁾

Psychische Erkrankungen und Selbstmorde sind die Folge. Fremdenhaß wird geschürt. Brandanschlägen auf Wohnheime wird der Boden bereitet.⁹⁾

Manchen Abgeschobenen droht in ihrem Heimatland die Folter.

Ein Land, in dessen Gestapokellern gefoltert wurde, dürfte nicht als einzige westliche Industrienation darauf verzichten, die Antifolterkonvention der UN zu unterschreiben.¹⁰⁾ Es muß seine Politik, Folter sei kein Asylgrund¹¹⁾, aufgeben. Es darf vor dem Hunger in der Welt, den es durch Ausbeutung selbst geschaffen hat, seine Grenzen nicht dicht machen. Es darf Asylbewerber an der eigenen Gestaltung und auch Finanzierung des Lebens durch Arbeit nicht hindern.¹²⁾

Infizierten Ausländern droht die Ausweisung – übrigens auch, wenn sie sich bei ihrem deutschen Ehepartner infiziert haben.¹³⁾ Die Gesundheitsämter erhalten ihre Informationen auch durch Hinweise aus der Bevölkerung. Diese Praxis wird vom bayerischen Datenschutzbeauftragten gebilligt.¹⁴⁾ Der Blockwart feiert seine Auferstehung.

Wenn wir hinnehmen, daß Menschen ausgewiesen werden, weil sie denunziert werden, weil sie infiziert sind, da sie „nur“ gefoltert werden, „nur“ verhungern, weil sie uns fremd sind, wenn wir dies hinnehmen, dann rechtfertigen wir auch, daß jede andere Minderheit ausgegrenzt wird. Wir rechtfertigen die Verfolgung von Schwulen und Prostituierten, wir rechtfertigen die Ausgrenzung von Arbeitslosen, Alten und Kranken, wir rechtfertigen die Internierung von HIV-Infizierten.

Jeder von uns gehört einer Minderheit an. Wenn wir zulassen, daß andere Minderheiten ausgegrenzt werden, wird auch niemand für uns aufstehen. Wehren wir uns gemeinsam dagegen, daß diese Gesellschaft aus den historischen Erfahrungen nicht lernt.

Erläuterungen

- 1) Heinz-Oskar Vetter als Asylbeauftragter der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament im SPD Pressedienst vom 04.07.1986, zitiert nach Heiko Hoffmann ‚Kein Asyl bei den Deutschen‘: „Abgesehen von den Nazi-Untaten, sind es doch im Wesentlichen die Europäer gewesen, die mit Kolonialismus und Ausbeutung die Welt in Unordnung gebracht oder jedenfalls nichts Besseres gebracht haben. Nun kommen Opfer dieser europäischen Politik, wenn Sie so wollen auch Wirtschaftsflüchtlinge. Sie folgen gewissermaßen den Straßen, auf denen wir die Reichtümer ihrer Heimatländer davongeschleppt haben.“
- 2) Artikel 16 Abs. 2 Grundgesetz: in den Beratungen des Parlamentarischen Rates am 19. Januar 1949 waren sich die Vertreter der KPD, SPD und CDU einig, daß zum Asylrecht auch das Recht auf Arbeit gehört (Parlamentarischer Rat, zitiert bei Kauffmann S. 241/242).
- 3) Asylbewerber erhalten erst nach fünf Jahren Aufenthalt im Bundesgebiet die Arbeitserlaubnis, Kauffmann ‚Ausländerrecht‘ 4. Auflage § 19 Asylverfahrensgesetz, Anmerkung 20.
- 4) Derselbe, Asylverfahrensgesetz § 19, Anmerkung 23: „Gemäß § 120 II BSHG Leistungen für Asylbewerber seit 1982 . . . seit 1985 erheblich eingeschränkt: Rechtsanspruch nur noch auf Hilfe zum Lebensunterhalt, und zwar möglichst als Sachleistung (auch Wertgutscheine), übrige Leistungen nur nach Ermessen und Hilfe zum Lebensunterhalt im Ermessenswege auf das Unerläßliche reduzierbar. Sozialhilfe damit für besonders hilfsbedürftige Personen nach Art und Umfang empfindlich beschnitten. Verfassungsrechtlich wohl nicht angreifbar; Schlechterstellung von Asylbewerbern politisch als ‚flankierende Maßnahme‘ zur Abwehr unberechtigter Asylgesuche intendiert.“
- 5) § 23 Asylverfahrensgesetz: „Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben, sollen in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden . . .“

- 6) siehe Anmerkung 4
- 7) siehe Kauffmann Seite 23
- 8) siehe Kauffmann Seite 99
- 9) siehe Kauffmann Seite 105: „Die Kette von Erniedrigungen, Demütigungen und Entwürdigungen, welche die Flüchtlinge auf Dauer ihrer Persönlichkeit beraubt, führt bei vielen zu depressiven Reaktionen.“ Es wird im einzelnen dann aufgeführt, welche Krankheitsbilder sich bei grundlegenden Untersuchungen als Folge der Lagerunterbringung, des Verlustes der Freizügigkeit, der fehlenden Rücksichtnahme auf kulturelle und religiöse Besonderheiten ergeben haben.
- 10) Helmut Frenz: ‚Wie die Bundesregierung das Asylrecht mißbraucht‘ in Kauffmann Seite 73: UNO-Konvention zur Abschaffung der Folter Art. 3: „Ein Vertragsstaat darf eine Person nicht in einen anderen Staat ausweisen, abschieben oder an diesen ausliefern, wenn schwerwiegende Gründe für die Annahme bestehen, daß sie dort Gefahr liefe, gefoltert zu werden. Und es ist eben dieser Artikel 3 der UN-Antifolterkonvention, der die Bundesrepublik Deutschland bis jetzt daran gehindert hat, die Konvention zu zeichnen, geschweige denn zu ratifizieren. . . . über fünfzig Regierungen haben inzwischen diesen Text unterzeichnet. Neben Malta und Irland ist es in Westeuropa nur noch die BRD, die diese Konvention nicht unterschrieben hat.“
- 11) Frankfurter Rundschau, Oktober 1985, zitiert nach Frenz in Kauffmann Seite 68: „Türken, die befürchten müssen, nach ihrer Heimkehr gefoltert zu werden, haben nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg dennoch keinen Anspruch auf Asyl. Das Gericht entschied in einem Urteil, auch durch den Einsatz der Folter in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren erhält die Verfolgung der Staatsschutzdelikte keine politische Qualität (Akz. 11 OVG A 307 aus 1982). Das Gericht urteilte, Übergriffe wie Folterungen könnten teilweise durch die traditionsbedingte Einstellung der Türkei zu Gewalt erklärt werden. Z.T. sei sie auch ‚auf das Selbstverständnis‘ der Sicherheitskräfte in der Türkei zurückzuführen, die dieses Mittel zum Schutz ihres Staates ‚nicht für verwerflich halten‘.“
- 12) Zu verweisen ist wieder auf die Ausführungen des Parlamentarischen Rates und des weiteren auf den Umstand, daß Asylbewerber gekürzte Sozialhilfe hinnehmen müssen, im Rahmen gemeinnütziger Arbeiten herangezogen werden können und auch tatsächlich werden. Dies geschieht in einer Umgebung, in der andererseits die Förderung von Sprachkursen für Asylbewerber gestrichen ist und die Sozialhilfe nicht ausreicht, um solche Kurse selbst zu finanzieren. Eine Integration auch im Rahmen gemeinnütziger – unbezahlter – Arbeit wird damit verhindert.

¹³⁾ Verwaltungsgericht Karlsruhe, Beschluß vom 04.03.1987, Akz. 6 k 307/86 – allerdings aufgehoben durch den Beschluß des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg 11 S 805/87 vom 30.07.1987. Die Tatsache, daß im Einzelfall ein Aufenthaltsrecht gewährt wurde, liegt an den Besonderheiten des Einzelfalles. Die Verwaltungsentscheidung und die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe bestätigen jedoch die Versuche, auch Ausländer, die sich bei ihrem deutschen Ehepartner infiziert haben, auszuweisen.

¹⁴⁾ 9. Tätigkeitsbericht des bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz (1986/1987 Ziff. 2.1.1.b): „Bei meinem Informationsbesuch konnte ich feststellen, daß das Gesundheitsamt seine Erkenntnisse aus folgenden Quellen schöpft: . . . Angehörige, Bevölkerung. Solche Mitteilungen sind nicht selten. Das Gesundheitsamt geht solchen Hinweisen mit der gebotenen Vorsicht nach.“

Zitiert nach Aifo 1988, 226

Ingo Michels, Referat Drogen und Strafvollzug, Deutsche AIDS-Hilfe e.V.

Liebe Freunde,

ich möchte Euch eine kurze Passage aus einem Brief vorlesen, den eine Mitarbeiterin einer lokalen AIDS-Hilfe von einer inhaftierten Drogenabhängigen erhalten hat. „Es sieht sehr schlecht aus mit mir. Ich habe furchtbare Angst, und meine Gedanken gehen immer dahin, Schluß zu machen. Ich habe nur noch Schmerzen, und mein Aussehen wird von Tag zu Tag schlimmer. Dann hat man mir jetzt noch mitgeteilt, daß es kaum eine Chance gibt, daß ich Haftunterbrechung bekomme. Ich treibe hilflos in einem Strom und bringe es nicht mehr fertig, der Krankheit die Zähne zu zeigen. Würde ich wenigstens Methadon bekommen, könnte ich die Schmerzen und den Entzug leichter ertragen. Aber so liege ich nur noch herum, und meine Gedanken spielen mir verheerende Streiche. Seit vier Wochen bin ich total isoliert und komme mir wie begraben vor, ich glaube, den Leprakranken ging es damals auch nicht anders als mir hier drinnen. Bitte, unternimm doch irgendetwas, damit ich wenigstens jetzt, wo ich doch sowieso schon die Krankheit habe, hier herauskomme und nochmal in die Klinik kann! Ich hab' ja draußen niemanden mehr, der für mich kämpft, deshalb baue ich doch so auf Deine Hilfe!“

Der für die Betroffene zuständige Oberstaatsanwalt hingegen hat eine andere Sichtweise, die verdeutlicht, in welche Richtung eine repressive AIDS-Politik geht. An den nach diesem Fall fragenden Bundesanwalt Manfred Bruns schreibt er: „ . . . der Fall, insbesondere der Gesundheitszustand der Strafgefangenen, ist mir persönlich bekannt . . . Die Verurteilte hat die ihr gebotene Chance der Unterbrechung des Vollstreckens schlecht genutzt: Sie ist nicht nur alsbald nach ihrer Entlassung aus der Klinik ohne auflagentgemäß ihre Anschrift der Staatsanwaltschaft mitzuteilen, untergetaucht und hat erneut fortgesetzt Heroin gespritzt, sondern hat auch – vorwiegend, aber nicht ausschließlich, zur Finanzierung ihrer Sucht – unter anderem Diebstähle begangen bzw. zu begehen versucht, so daß sie vorläufig festgenommen und in Untersuchungshaft genommen werden mußte . . . Ich bin der Auffassung, daß die Verurteilte ihre Strafe nunmehr jedenfalls so lange zu verbüßen haben wird, wie sie noch nicht dauernd bettlägrig ist und einer vorherigen erneuten Entlassung wegen Vollzugsuntauglichkeit § 455 Abs. 4 Satz 2 StPO entgegensteht. Die erneute Prüfung der Vollzugstauglichkeit ist daher entbehrlich. Ich vermag dies, selbst wenn sie überraschend in der Haft versterben sollte, nicht als unmenschlich anzusehen: Nach der eindeutigen – und meines Erachtens richtigen – Entscheidung des Gesetzgebers hat hier die öffentliche Sicherheit Vorrang vor humanitären Erwägungen. Soweit Sie sich hilfs-

weise für eine Substitutionsbehandlung mit Codein oder mit Polamidon (Methadon) einsetzen, darf ich Sie darauf verweisen, daß die Art der Behandlung der Auswirkungen der Heroinabhängigkeit der Verurteilten ausschließlich Sache des Anstaltsarztes und meiner Einflußnahme entzogen ist. Ich kann mich allerdings des Ausdrucks der Verwunderung darüber, daß Sie als Staatsanwalt einer allgemein als kriminell eingeschätzten, nur von medizinischen Außenseitern befürworteten, die Sucht nur verlagernden Behandlungsmethode das Wort reden, nicht enthalten.“

Die Linie der Vernunft in der AIDS-Prävention, d.h. der Enthysterisierung, der Aufklärung über Infektionsrisiken und der Akzeptanz alternativer Lebensstile ist unter den Bedingungen der Straftaft weitgehend in der Bundesrepublik außer Kraft gesetzt. Die Dynamik der HIV-Infektion und der AIDS-Erkrankung ist im Strafvollzug zugespitzt. Von den etwa 4.500 i.v. Drogengebrauchern in bundesrepublikanischen Haftanstalten (etwa 10 % der gesamten Inhaftierten) dürften mittlerweile 25–35 % HIV-AK-positiv sein. Die Gruppe der FixerInnen in Haft ist per Definition zum „Sicherheitsrisiko“ gemacht: Drogenabhängige sind psychischem Druck ausgesetzt, sich testen zu lassen, in einigen Bundesländern ist sogar bei Weigerung eine Zwangstestung vorgesehen. HIV-AK-positive Häftlinge werden in Einzelhaftzellen untergebracht, nicht als Privileg, sondern zum „Schutz Dritter“, sie werden durch diskriminierende Vermerke auf Kranken- und Personalakten, Transportscheinen, Belegungsplänen stigmatisiert; sie werden von bestimmten Arbeitstätigkeiten ausgeschlossen; ihre psychosoziale Betreuung ist völlig unzureichend gewährleistet; das gilt auch für deren medizinische Versorgung, insbesondere was Ausführungen zu externen Ärzten betrifft, als auch für Anträge auf Haftunterbrechung oder -verschonung, die äußerst restriktiv gehandhabt werden. Oft werden die Betroffenen solange in Haft gehalten, bis ihre Lebenserwartung nur noch sehr kurz ist, und dann werden Betroffene mitunter ohne jede psychosoziale Betreuung und ohne Wohnung auf die Straße gesetzt.

AIDS-präventive Maßnahmen müssen u.E. im Strafvollzug ebenso angewendet werden wie außerhalb. Es müßten sowohl Kondome als auch steriles Spritzbesteck – zumindest Desinfektionsmittel – in der Haft zur Verfügung gestellt werden, um ein Infektionsrisiko möglichst zu minimieren. Denn Drogengebrauch und sexuelle Kontakte finden auch hinter Gefängnismauern statt, aber dort unter noch riskanteren Bedingungen als außerhalb. Die bestehende Drogenpolitik ist dabei ein großes Hindernis präventiver Arbeit, denn mittlerweile befinden sich mehr als doppelt so viele Drogengebraucher und -abhängige in Haftanstalten als in Therapieeinrichtungen, und FixerInnen werden häufiger inhaftiert und zu immer längeren Haftstrafen verurteilt. Die

Dynamik der Sucht bleibt aber in der Haft bestehen, ja verschärft sich eher noch.

Die Deutsche AIDS-Hilfe plädiert für eine noch intensivere Aufklärung sowohl von Inhaftierten als auch Vollzugsbeamten. Sie fordert unbedingte Freiwilligkeit bei HIV-AK-Tests und diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen, die strikte Einhaltung der ärztlichen Schweigepflicht sowie die Abschaffung von Sonderbehandlungen wie dem aus „psychologischen“ Gründen verfürgten Ausschluß von der Küchenarbeit. Sie plädiert für eine kontinuierliche Behandlung von HIV-AK-positiven Gefangenen durch externe Ärzte und AIDS-Hilfen und Haftverschonung bei progressivem Infektionsverlauf und besonders bei einer AIDS-Erkrankung. Die D.A.H. fordert auch Hilfestellung nach einer Haftentlassung, insbesondere die Einrichtung von Wohngemeinschaften auch für AIDS-erkrankte Drogenabhängige, die substituiert werden. Die D.A.H. warnt auch vor der zunehmenden Tendenz einer „Psychiatriisierung“ von HIV-AK-positiven Drogenabhängigen. Sie stimmt mit der weit überwiegenden Mehrheit von Trägern und Mitarbeitern von psychiatrischen Kliniken überein, die sich dagegen aussprechen, HIV-AK-positive Drogenabhängige unter seuchenrechtlichen Gesichtspunkten in Einrichtungen der „Psychiatrie“ abzusondern.

Die D.A.H. vertritt den Standpunkt, daß Menschen mit HIV und Menschen mit AIDS auch gerade in der Straftaft eines humanen Umgangs bedürfen. Wir warnen davor, daß in diesem Bereich Grundrechtsverletzungen hingenommen werden, die unvermittelt zum Modellfall für den gesamtgesellschaftlichen Umgang mit den betroffenen Menschen werden könnten.



Breite Gasse

Astrid Thomas, HWG (Prostituierten-Selbsthilfegruppe)

„Solidarität der Uneinsichtigen“

Das ist das Motto dieser Demonstration, und dazu möchte ich an dieser Stelle einige Worte verlieren über die Situation der Prostituierten in dieser Stadt. Wir Prostituierten sind im „Neuen Frankfurt“ nicht gerade wohl gelitten oder gern gesehen – jedenfalls nicht in der Öffentlichkeit.

Die Stadtväter sind ihren „mißbratenen“ Töchtern nicht gewogen, jedenfalls solange man sie öffentlich hören kann.

Sie werfen gerne mit Begriffen wie „Risikogruppe, Unbelehrbare, Desperadomentalität und Virusträger“ um sich, wenn es um Prostitution und Prostituierte geht.

Sie hätten uns gerne raus aus dem Bahnhofsviertel, unsichtbar, unhörbar, kontrollierbar und unterdrückt. Weil das Bahnhofsviertel rechtzeitig zum Umzug der Groß-Banken und Konzerne aus Hongkong saniert und neu sauber zur Verfügung stehen soll, müssen wir Platz machen, werden wir an Randgebiete, Gleisanlagen und Hafenbecken verbannt. Das Ganze nennt man Sperrgebiete mit Toleranzzonen.

Das Vehikel, um die neue Sperrgebietsverordnung durchzudrücken, heißt „AIDS“. Nicht, daß die Stadt nicht auch andere Machtmittel hätte. Das Ordnungsamt kümmert sich schon jetzt in rührender Weise darum, daß alle Brutstätten des Übels, sprich Prostitution, aus dem Gesichtsfeld des Bürgers und der Bürgerin verschwinden. Einzig das Bahnhofsviertel ist noch sicher, bevor am 1. Juli 1989 der Hammer fällt. Ansonsten ist die ganze Stadt in Sperrgebiete aufgeteilt: in absolute Sperrgebiete, nicht so absolute Sperrgebiete wie Bornheim oder die Altstadt und Toleranzzonen wie Gleisanlagen, Hafenbecken und Breite Gasse.

Außer dem Bahnhofsviertel sind schon alle Bereiche der Stadt von der Sperrgebietsverordnung betroffen, und die Ermittler des Ordnungsamtes sind schon fleißig dabei, Angst und Schrecken unter den Prostituierten zu verbreiten, sowie alle nur irgendwie verfügbaren Daten über anschaffende Frauen zu sammeln und weiterzuleiten.

Ich will da nur kurz einen Fall erwähnen: eine Prostituierte steigt aus und sucht sich eine Stelle im Supermarkt. Das Finanzamt stöbert sie auf – wo es

wohl die Daten der Frau her hat? – und präsentiert ihr nachträglich eine Rechnung über – geschätzte – Einkommenssteuer. Es sind viele tausend Mark, und die Frau ist umsonst ausgestiegen – wie soll sie als kleine Verkäuferin wohl bezahlen? Nicht genug: die Frau hat das Pech, überfallen zu werden, als sie eine Geldbombe des Supermarktes zur Bank bringen will. Sie zeigt den Überfall an, wie es sich für eine gute Staatsbürgerin gehört und kriegt dafür noch von der Polizei zu hören, als ehemalige Prostituierte könnte sie ja das Geld auch selbst eingesteckt haben . . . woher weiß die Polizei, daß die Frau angeschafft hat?

Ich will hier in weiser Voraussicht nichts behaupten, aber irgend woher kommen diese Daten, oder nicht?

Das Ordnungsamt ist also schon unterwegs in der Stadt und schließt – oder versucht zu schließen – sogenannte bordellähnliche Betriebe, sprich Wohnungen, Clubs und Saunen. Und was man mit der Sperrgebietsverordnung nicht erreicht, erreicht man über AIDS.

Prostituierte sind von Haus aus unbelehrbar, heißt es: sie handeln ständig beharrlich zuwider. Wider die Sperrgebietsverordnung, wider die Gesundheitskontrolle. Die Gesundheitskontrollen wurden wieder verschärft geführt, es gibt wieder „Bockbücher“ in Frankfurt, wo auch HIV-Kontrollen eingetragen werden. Die Ordnungsbeamten maßen sich an, diese Bockbücher zu kontrollieren, wozu sie als Hilfspolizisten gar kein Recht haben. Und unser Oberbürgermeister, der behauptet, alle Prostituierten hätten seltsame Gesichter, denkt öffentlich darüber nach, Prostituierte, die HIV-positiv sind, abzusondern und in Psychiatrien zu verbannen . . . wobei nicht ganz klar ist, welche Prostituierten er meint.

Lassen Sie es mich so formulieren: Prostituierte, die nicht i. v. drogenabhängig sind, stellen nicht mal eine sogenannte Risikogruppe dar!

Das Kondom ist deutlich auf dem Vormarsch, und wenn ich auch nicht behaupten will, daß es ein 100%iger Schutz vor AIDS sei, so weiß ich doch zwei Dinge: es ist immer noch das sicherste, und ich kenne keine Prostituierte, die es mag, ohne Kondom zu arbeiten. Im Gegenteil, wer mag schon Müllimer spielen für jeden Rotz?

Wir gefährden jedenfalls keinen – und schon gar nicht vorsätzlich, wir verdienen unser Geld mit dem Verkauf sexueller Dienstleistungen, und wer geht schon vorsätzlich auf sein Geld los? Ist doch unlogisch. Wer wen gefährdet, das wissen wir. Es sind die Freier, die zu uns kommen, ohne Kondom wollen und zu feige sind, ihre bisexuellen Neigungen auch nur vor sich selbst einzugestehen. Und diejenigen, die „die große Ausnahme“ sein wollen und „als einziger“ ohne Gummi dürfen wollen. Die gefährden uns, nicht wir sie. Wer uns

noch gefährdet, das sind die Swinger, die zwar ohne Geld, aber auch ohne Kondom in alle Richtungen vögeln – wobei ich absolut nichts gegen promiskues Leben habe! Dem Virus ist es nämlich piepegal, ob jemand Geld nimmt für Sex oder nicht. Das Virus ist wenigstens ein echter Demokrat, vor ihm sind alle Menschen gleich.

Was man vom Menschen nicht behaupten kann. Weil wir Geld nehmen, muß unsere Gesundheit überwacht werden, werden Eingriffe in unsere Menschenrechte gemacht, sind wir ein Gegenstand für Ämter und Behörden, müssen wir kontrolliert und unterdrückt werden. Wer kein Geld nimmt, hat mehr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung.

Der Grund, warum ich heute als Prostituierte spreche, ergibt sich aus dem Vorgesagten: ich bin hier, weil ich für mich und für alle meine Kolleginnen in Frankfurt und im Bundesgebiet fordere:

- die Anerkennung der Prostitution als Dienstleistungsberuf mit Kranken- und Sozialversicherung;
- die Abschaffung der Registrierungspflicht für Prostituierte in Frankfurt und auf Bundesebene;
- Abschaffung der Gesundheitskontrolle, weil sie die Freier in einer falschen Sicherheit wiegt; und
- die Abschaffung jeder Sperrgebietsverordnung für Frankfurt, weil sie die Zuhälterei fördert.

Margit Conrad, JungsozialistInnen in der SPD

Grußwort zum Aktionstag 9. Juli

Liebe AIDS-Hilfe, ehrenamtliche und hauptamtliche BetreuerInnen,
AufklärerInnen,
liebe Uneinsichtige,

die Deutsche AIDS-Hilfe hat ihren Aktionstag unter ein provozierendes Motto gestellt und zeigt wunde und traurige Punkte der bundesdeutschen AIDS-Politik auf. Der Streit zwischen den VertreterInnen der Aufklärung und Beratung und den VerfechterInnen der Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung ist mehr als die Auseinandersetzung um eine bessere Strategie. Er ist auch eine Auseinandersetzung um gesellschaftliche Entwicklungen.

- Für Solidarität eintreten, wo andere Entsolidarisierung mit Schuldzuweisungen und Zwangsmaßnahmen betreiben.
- Für Eigenverantwortung sich starkmachen, wo andere die staatlichen „Macher“ markieren.
- Für Einhaltung der Prinzipien Freiwilligkeit und Anonymität kämpfen, wo andere mit Testkampagnen identifizieren und „dingfest“ machen wollen.

Dies braucht die AIDS-Politik über diesen Aktionstag hinaus.

Ich hoffe, er wird ein Fest der Solidarität für eine wirksame, für eine menschliche AIDS-Politik im Interesse der Betroffenen, der Gefährdeten, im Interesse von uns allen.



Volker Hauff, MdB (SPD)

AIDS ist nicht nur eine medizinische, sondern auch eine gesellschaftliche Herausforderung. Ich will mit einer ganz einfachen Wahrheit beginnen: Es gibt keine Alternative zur Vorbeugung durch Aufklärung und Information, solange es keine Vorbeugung durch Impfung und keine Therapie der Krankheit gibt. Laßt uns aus nationalen und internationalen Erfahrungen lernen: Die Prinzipien Freiwilligkeit und Anonymität, ein Klima von Vertrauen sind unabdingbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Strategie. Laßt uns dafür werben, geben wir der Vernunft eine Chance.

Irrationale Ängste und Hysterie haben in der Regel eine Ursache: Unklarheit über die Übertragungswege. Wer meint, er müsse alle Vierteljahr erneut die Diskussion führen, ob Stechmücken die Infektion übertragen, ob Speichel ansteckend sei usw., der trägt die Verantwortung für das Leid der Eltern HIV-positiver Kinder, die keinen Kindergartenplatz finden, junger positiver ArbeitnehmerInnen, mit denen niemand zusammenarbeiten will. Nicht umsonst hat der Amerikaner Robert Gallo, Mitentdecker des Virus HIV, anlässlich seines letzten Besuches in der Bundesrepublik gesagt: Wenn er in der Bundesrepublik die AIDS-Diskussion verfolgt, habe er manchmal den Eindruck, man rede hier über eine ganz andere Krankheit.

Nehmen wir die Ängste ernst, aber helfen wir den Geängstigten und Verängstigten, sie abzubauen durch Aufklärung mit klaren Informationen, wie man sich anstecken kann und vor allem wo und wo nicht. Nur so haben wir die Chance, Solidarität zu erhalten und zu schaffen. Nur so erhalten oder schaffen wir die Basis einer menschlichen AIDS-Politik. Wir lehnen den bayerischen Maßnahmenkatalog, der ganze Gruppen zu Ansteckungsverdächtigen stempelt, ab.

- Ich lehne ihn ab, weil er Menschen bekämpft statt die Krankheit.
- Ich lehne ihn ab, weil er unwirksam ist.
- Ich lehne ihn ab, weil er eine verantwortungsvolle Sexualität eher behindert als fördert.
- Ich lehne ihn ab, weil er Vertrauen zerstört.
- Ich lehne ihn ab, weil er zur Ausgrenzung, zu Angst, zu Repression führt.

Wer so operiert wie Herr Gauweiler, der fördert die Ausbreitung von AIDS.

Alle, die Erfahrung haben in der Sexuaufklärung, in der Beratung von Betroffenen und Gefährdeten, die den schwierigen Prozeß kennen, den Menschen durchmachen, die wissen, daß sie positiv sind, erklären weltweit unmißverständlich, daß Lernen im Sexualbereich nur in einem Klima des Verständnisses und der Akzeptanz von unterschiedlichen Lebensweisen mög-

lich ist. Angstmache und Drohungen sind kontraproduktiv. Hier kann es keine Kompromisse geben. Ich bin fest davon überzeugt: Jedes Mehr an Repression ist ein Weniger an Prävention.

Gauweiler hat in Bayern seinen Weg der staatlichen Gewalt beschritten. Der Frankfurter Oberbürgermeister Brück ist ihm ein Stück gefolgt, als er vor Weihnachten die vermeintlichen Sündenböcke benannte, ihre Entfernung aus der Gesellschaft verkündete und meinte, so den sauberen Strich und die gesunde Stadt herstellen zu können.

Die Veranstalter haben diesen Aktionstag unter das provozierende Motto gestellt: Solidarität der Uneinsichtigen. Die, die dieses mißverstehen wollen, werden dies tun. In die Reihe der „Uneinsichtigen“ im Sinne von „sie sehen nicht ein, daß . . .“ will ich mich einreihen.

Ich sehe nicht nur nicht ein, ich halte es für falsch, daß mit enormem Aufwand Testkampagnen gestartet werden mit dem Erfolg, daß nun auch noch Oma Müller Angst kriegt und getestet werden will. Dies ist keine Vorbeugungsstrategie. Wer meint, ein Risiko zu haben, soll sich beraten lassen! Wer meint, ein Risiko zu haben, soll sich schützen. Dies wäre eine klare Botschaft. Oder etwas salopp formuliert, wenn in der Bundesrepublik die Kondommoral so gut wird wie die Testmoral, dann haben wir einen präventiven Erfolg.

Ich sehe nicht nur nicht ein, ich halte es für falsch, daß mit Androhung von Zwangsmaßnahmen Prostituierte regelmäßig „durchgetestet“ werden mit dem Erfolg, daß Freier der Meinung sind, der Staat garantiere einen AIDS-freien Strich. Der Staat kann dies nicht und wird dies nie können. Dies schafft bei Freiern eine trügerische Sicherheit und zerstört die Motivation zur Eigenverantwortung für die eigene Sicherheit.

Ich sehe nicht nur nicht ein, ich halte es für falsch, daß mit der Botschaft „Treue ist der beste Schutz“ die Botschaft „Kondome schützen“ in den Hintergrund gedrängt wird. Wir müssen den Menschen die Schutzmöglichkeiten anbieten, die zu ihrem Leben passen, ohne moralische Wertung, ohne mit AIDS Gesellschaftspolitik im Sinne erwünschter und nicht erwünschter sexueller Verhaltensweisen zu machen.

Die AIDS-Hilfen haben sich als erste der Aufklärung und Betreuung angenommen und unschätzbar wichtige Arbeit zunächst in der Hauptbetroffenen-gruppe der Homosexuellen und heute weit darüber hinaus geleistet. Ihrem Engagement und ihrer Kompetenz ist es zu verdanken, daß wir heute bereits Erfolge erzielt haben, vor allem in der Gruppe der Homosexuellen, wie wir aus vielen Untersuchungen wissen. Deswegen will ich schließen mit einem Dank an die Deutsche AIDS-Hilfe und an über 70 regionale AIDS-Hilfe-Grup-

pen. Und für die Zukunft füge ich hinzu, daß ich daran arbeiten will, daß wir hier in Frankfurt die Arbeit der AIDS-Hilfen und der Selbsthilfegruppen stärken und fördern. Wenn wir die Zahl der Neuinfektionen verhindern wollen, d.h. wenn wir erfolgreiche vorbeugende Strategie betreiben wollen, wenn wir verhindern wollen, daß Menschen, die HIV-positiv sind, in unserer Gesellschaft einen sozialen Tod erleiden, dann lohnt es sich, einen Satz von Jonathan Mann, AIDS-Experte der WHO, aus seiner Rede auf dem Internationalen AIDS-Kongreß in Washington in Erinnerung zu rufen, er sagte: „Die moralische Stärke eines Gemeinwesens zeigt sich an den Maßnahmen, die es ergreift, mehr aber noch an den Maßnahmen, die es nicht ergreift, sondern unterläßt.“

Ich möchte hier in Frankfurt ein gutes Beispiel dafür setzen.

E. Szentgrothy, Fachverband Drogen und Rauschmittel

Es wird geschätzt, daß bis Ende 1987 ca. 75.000 Menschen in der Welt an AIDS gestorben sind, davon mehr als 49.000 in den USA und 260 in der BRD. Zur Zeit beträgt die Zahl der manifest Erkrankten in der BRD zwischen 1200 und 1500. Die Dunkelziffer wird viel höher gerechnet. Diese nüchternen Zahlen sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Die Krankheit AIDS ist zur Metapher für die Probleme der Gesellschaft geworden; um es weniger poetisch zu beschreiben, erleichen die rein wissenschaftlichen Probleme, wenn man sie vergleicht mit den höchst sensiblen Fragen von Gesetzgebung, Ethik, Wirtschaft, Moral und gesellschaftlicher Bindekraft.

Durch die Verbreitung von AIDS werden viele Fragen aufgeworfen, die schwer zu beantworten sind. Wie und wo sollen die Betroffenen betreut werden? Wie werden infizierte Kinder betreut? Wie soll eine Krankheit eingedämmt werden, bei der die Träger in der Regel keine Symptome zeigen? Wie soll Aufklärung betrieben werden, ohne in politischen Auseinandersetzungen zu ersticken? Wen sollte Mann/Frau testen, und sollten Tests vorgeschrieben werden? Ist es möglich, bei Infizierten den Ausbruch der Krankheit zu verhindern? Wie und an wem sollten neue Impfstoffe und andere Mittel getestet werden? Und last but not least: wo soll das Geld herkommen, um das alles zu bezahlen?

Die Hauptopfer von AIDS in den entwickelten Ländern sind nach wie vor Homosexuelle und i.v. Drogenabhängige. Ich bin der Meinung, daß es gerade die letzteren sind, die Junkies, die verzweifelt nach dem Mitgefühl der Gesellschaft rufen, aber am wenigsten von ihr bekommen. Genauso unsicher wie die Zahl der Drogenabhängigen in der BRD – es wird gesprochen von 50.000 bis 120.000 – zeigt sich eine Unsicherheit über die Höhe der Infektionsrate, da schwanken die Schätzungen zwischen 15 und 40 %, wenn nicht gar höher. Viele Drogenberatungsstellen und AIDS-Hilfen sind dazu übergegangen, Spritzen für Drogenabhängige zur Verfügung zu stellen. Erste Ansätze sind ermutigend. Drogenabhängige zeigen sich bereit, auf „Needle Sharing“ zu verzichten. Sie akzeptieren solche Projekte. Trotz ihrer schweren Krankheit zeigen sich Drogenabhängige als „einsichtige Uneinsichtige“.

Die Drogenhilfe in der BRD war von der ersten Stunde mit der AIDS-Problematik konfrontiert. Wir mußten auch umlernen, umstellen, einstellen. Aber nach wie vor stehen uns nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung. In Hessen haben wir die makabere Situation, daß alle Langzeiththerapien Wartezeiten haben, die bis zu vier Monaten betragen. Ca. 400 Drogenabhängige warten auf einen Therapieplatz, entweder auf der Straße oder im Knast. Das sind

die Uneinsichtigen, mit denen wir es zu tun haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will hier nicht weiter ausführen, die Fakten sprechen für sich. Eine Gesellschaft kann nur daran gemessen werden, wie sie mit ihren hilflosesten Mitgliedern umgeht. So gesehen stehen wir in der Bundesrepublik auf dem Prüfstand.



Wolfgang, Mitglied des bundesweiten Positiventreffens

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,

herzlichen Dank für die Teilnahme am heutigen Aktionstag!

Bevor ich zum Abschluß unserer Veranstaltung einige Worte an Sie richte, möchte ich mich voller Stolz besonders an jene mit großem Dank wenden, die sich heute aus der Anonymität gewagt haben und als Betroffene, Infizierte und Kranke einen gesunden Mut gezeigt und unseren Tag zu einem Tag der wirklichen Solidarität gemacht haben. Ich spreche diese Worte heute als selbst Infizierter, der nach langem Leidensweg endlich den Mut und das Selbstvertrauen gefunden hat, eine kämpferische Position für uns alle einzunehmen.

Mein Weg auf dieses Podium begann vor zwei Jahren, an dem Tag, an welchem ich ohne mein Wissen getestet wurde. Er führte vom vorläufigen Berufsverbot zu depressiven Reaktionen, Klinikaufhalten und entwürdigenden Situationen der Ausgrenzung. Ich selbst habe in ungehöriger Form erleben müssen, wie meine Depressionen aufgrund des Wissens um mein Infiziert-Sein gegen mich ausgespielt wurden. Es hieß: AIDS betrifft zuerst das Gehirn! Ein infamer Versuch, uns Betroffene zu unmündigen Bürgern zu machen, zu Spielbällen gesellschaftlicher Willkür!

Nun stehe ich hier, beileibe kein Mensch, der sich in eine psychiatrische Ecke drängen läßt! Im Gegenteil: mit meiner Teilnahme am heutigen Aktionstag will ich für mich und für Euch alle ein Zeichen setzen.

Raus aus der Isolation!

Desperados auf die Straße!

Dabei will ich nicht bewußt mißverstanden werden, denn Desperados sind in meinem Sinne keine unbedachten Aktionisten, sondern Menschen, die aus ihrer Verzweiflung herauswollen und sich deshalb heute selbst an die Öffentlichkeit wenden. Dabei können diejenigen, die heute gekommen sind, dieses Zeichen zu setzen, noch dankbar sein. Denn jetzt, in diesem Moment liegen viele allein und hilflos da. Viele sind krank, haben ihre Arbeit und manchmal auch ihre Wohnung verloren.

Ich will sie und alle, die noch nicht den Mut, hier zu sein, gefunden haben, deshalb jetzt besonders grüßen und ihnen wünschen, den Weg zu uns zu finden. Wir sind in Gedanken bei Euch, heute stellvertretend für Euch! Besonders verzweifelt und – selbst wenn sie wollten – nicht in der Lage, sich an eine Öffentlichkeit zu wenden, sind diejenigen von uns, die abhängig, kriminalisiert, psychiatrisiert und in Haft isoliert sind. Gerade an die zuletztgenann-

ten richte ich mich in der Hoffnung, daß sie etwas von unserem Mut aufgreifen können. Wir wollen nicht mehr Angst vor der Gesellschaft als vor der Krankheit selbst haben!

Mut gehört dazu!

Das war das Motto des zweiten europäischen Treffens von Menschen mit HIV und Menschen mit AIDS in München.

Diesen Mut können wir nur fassen, wenn wir die Möglichkeit haben, Verantwortung für uns in solidarischer Gemeinschaft zu entwickeln. Damit richte ich mich an alle in diesem Lande. Denn früher oder später begegnet jeder einmal einem Menschen in meiner Situation. Ich appelliere an jeden einzelnen mitzuhelfen, daß immer mehr Menschen gerade meinen Leidensweg nicht teilen müssen. Es darf nicht Ausnahme sein, daß wir nur das eine oder andere Mal freundliche oder hilfsbereite Menschen treffen! Auch wenn es schwer fällt, aber es wirkt: Ein jeder kann sich ja einmal vorstellen, er selbst sei von AIDS betroffen oder HIV-infiziert, oder einer seiner liebsten Mitmenschen! Wir brauchen das Gemeinschaftsgefühl mit unseren Mitmenschen, eine Tatsache, die ich als Teilnehmer des bundesweiten Positiventreffens immer mehr empfinde. Daher bitte ich alle, die mich jetzt hier hören, das gute Gefühl von Aufbruch und Kraft aufzugreifen und – jeder für sich – im Freundes- und Bekanntenkreis weiterleben zu lassen.

Ich danke allen!



Dieter Runze, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.

AIDS geht nicht alle an, aber alle, die heute in Frankfurt/Main sind, geht AIDS an, geht an, wie hierzulande mit dem Thema AIDS und dabei mit Menschen umgegangen wird.

Wer heute hier ist, ist uneinsichtig gegenüber unvernünftigen Forderungen auf Verzicht, wo es ausreicht, vorsichtig zu sein.

Wer heute hier ist, ist unbelehrbar, wo nicht Einsicht in die Notwendigkeit vorsichtigen oder verantwortbaren Verhaltens zwischen Partnern, sondern Gehorsam gegenüber politischen Instanzen gefordert wird.

Wer heute hier ist, ist verzweifelt, wann es denn die Gesellschaft der Bundesrepublik und ihr Staat lernen, in kritischen Situationen, im Notstand nicht auf demokratische Lösungen zu verzichten, sondern sie in der Krise zu suchen.

Ich begrüße die Uneinsichtigen, die nicht einsehen, weshalb ein bayerischer Staatssekretär Einsicht anstelle von Vernunft verlangen, aber Gehorsam meinen darf.

Ich begrüße alle Unbelehrbaren, welche noch wissen, daß es nicht Aufgabe einer demokratischen Regierung ist, die Bürger zu belehren. Es genügt, wenn diese Regierung es versteht, im Auftrage der Bürger und im Rahmen der Gesetze die öffentlichen Angelegenheiten zu verwalten und sich selbst den bisher geltenden Gesetzen zu unterwerfen.

Ich begrüße alle Desperados, alle diejenigen, die verzweifelt darüber sind, daß die demokratischen Rechte der Bürger zur öffentlichen Religion gemacht werden, um im Notfall damit umgehen zu können, wie der öffentliche Umgang mit Religion hierzulande üblich ist: als Sonntagspredigt und sonst als Mittel der Ketzerjagd. Im Notfall gelten die Rechte der Menschen so wenig wie das Recht auf den eigenen Kopf und den eigenen Mund.

Diejenigen, welche uneinsichtig, unbelehrbar und Desperados genannt werden, sind diejenigen, welche AIDS-Aufklärung fordern – und das ist nicht nur Information über das Virus HIV und seine Übertragungswege, sondern das ist nach drei Jahren informativer Arbeit der regionalen AIDS-Hilfen heute vor allem Aufklärung über den politischen Umgang mit AIDS.

Im politischen Umgang mit AIDS geht es nicht um die Frage, ob außerehelicher Geschlechtsverkehr besser verboten werden sollte, oder ob die Menschen stattdessen mit bunten Broschüren ins Bett geschickt werden müssen. Verbote und Broschüren sind nur wie die Äpfel vom Baum der Erkenntnis, welche weder den Gebrauch des eigenen Kopfes noch das Paradies ersetzen können. Im politischen Umgang mit AIDS erweist es sich wieder einmal, ob

die Bürger dieses Landes für mündig gehalten werden oder nicht. Die schweigende Mehrheit ist nicht schon deswegen die moralische Mehrheit, weil sie im Schutze Münchener oder Bonner Politik den Mund hält und darauf hofft, gesund zu bleiben. Diese schweigende Mehrheit fordert heute die „Uneinsichtigen“, die „Unbelehrbaren“ und die „Verzweifelten“ zur Diskussion darüber auf, wie mündige Bürger, die sich auf Regierungen und selbsternannte Experten nicht verlassen, selbst darauf achten können, gesund zu bleiben und ein positives Verhältnis zu anderen Menschen zu finden. Wer diese Diskussion verweigert und alle anderen schlicht für uneinsichtig, unbelehrbar und verzweifelt hält, verhält sich negativ zu anderen Menschen, ohne seinerseits den Test darauf machen zu wollen. Es genügt aber nicht, wissen zu wollen, wer positiv ist, wenn man es nicht versteht, positiv zu leben.

Aber auch ohne daß jeder einzelne für sich den HIV-AK-Test macht, unterwirft sich die ganze Gesellschaft dem Test, wie sie mit den von AIDS hauptsächlich betroffenen Gruppen umgeht. Wer ohne nachzudenken grundsätzlich Prostituierte für „uneinsichtig“, Homosexuelle für „unbelehrbar“ und Junkies für „verzweifelt“ hält, spricht Ihnen das Interesse daran ab, das Virus HIV nicht weiterzuverbreiten. Wer dies tut, spricht vielen Menschen in dieser Gesellschaft die Fähigkeit ab, für sich selbst und andere Verantwortung zu übernehmen und das heißt: in Freiheit, ohne Furcht vor anderen Menschen zu leben. Wer einem Menschen die Fähigkeit abspricht, mündig zu sein, behält sich vor, allen Menschen die Fähigkeit abzusprechen, verantwortlich in Freiheit ohne Furcht zu leben. AIDS-Hilfe bedeutet auch, sich zu denen zu rechnen, die als „uneinsichtig“, „unbelehrbar“ und „verzweifelt“ beschrieben werden.

Und in der Tat: es heißt uneinsichtig zu bleiben gegenüber jenen, die die weiblichen wie männlichen Prostituierten „uneinsichtig“ nennen, aber deren Freier nicht erwähnen, wenn diese sich weigern, zum Kondom zu greifen. Es heißt unbelehrbar zu bleiben gegenüber jenen, welche Homosexuelle wie Heterosexuelle der Verbreitung von AIDS beschuldigen, wenn sie promisk leben, wenn sie sich nicht lebenslang auf einen Partner oder eine Partnerin beschränken wollen. Es heißt unbelehrbar zu bleiben gegenüber jenen, welche nicht einsehen, daß das Virus HIV nur über die Blutbahn übertragen wird. Es heißt unbelehrbar zu bleiben gegenüber jenen, die Blut sehen wollen – wenn nicht beim Sexualverkehr, dann wegen des Sexualverkehrs. Und es heißt zum „Desperado“ zu werden im Angesicht derer, die nicht einsehen wollen und sich nicht belehren lassen, daß es in der Gesellschaft derer, die die Mehrheit bilden, möglich ist, krank zu werden. Es gibt viele Kranke und Krankheiten in dieser sanft vor sich selbst hinlebenden Gesellschaft. AIDS ist eine am Ende

tödliche Krankheit unter anderen tödlichen Krankheiten. Wenn aber AIDS im Gegensatz zu anderen Krankheiten als „tödliche Immunschwächekrankheit“ beschrieben wird, dann ist die Angst vor AIDS auch die Angst davor, sich wehren zu wollen. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt. Und ganz verkehrt ist es, sich nicht gegenüber jenen zu wehren, welche behaupten, daß nur AIDS die Krankheit zum Tode ist. Viel mehr Menschen als an AIDS sterben, weil die Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht im Interesse derjenigen liegen, die sie erarbeiten. Es sind Lebens- und Arbeitsbedingungen, in denen die Lebenszeit und die Arbeitskraft der Menschen verbraucht werden. Es darf keinen Zweifel darüber geben, daß das Geld, das für AIDS-Hilfe fließt, Geld ist, welches vorgeschossen wird, weniger für Freiheit und Glück der heute lebenden Menschen, als vielmehr für den Erhalt ihrer Fortpflanzungsfähigkeit. Da zeugt es von Reife, wenn eine 17jährige Gymnasiastin vor Gericht sagt, „über kurz oder lang werden wir alle sterben“, und deshalb kann AIDS jedenfalls keine berechtigte Drohung im Munde eines Staatsanwaltes sein, der damit zugleich behaupten wollte, daß das „Rechtsgut der sexuellen Selbstbestimmung“ in der Ehe vor dem staatsanwaltschaftlichen Vorwurf schütze, aber außerhalb der Ehe weniger Geltung habe. Der Staatsanwalt, der diese Gymnasiastin zieht, „ein dummes, einfältiges, unreifes Mädchen“ zu sein, gab nicht nur die Absicht bekannt, mit den Mitteln der Justiz alle zu Unmündigen zu erklären, die den regierungsamtlichen oder richterlichen Gehorsamsforderungen den Anspruch auf Selbstbestimmung und partnerschaftliche Verantwortung entgegensetzen. Dieser Staatsanwalt erklärt mit den Mitteln der politischen Justiz auch, daß das, was einst als religiöse Weisheit oder Inbegriff bürgerlicher Bildung galt, nichts mehr gelten soll: nämlich das Bewußtsein der Endlichkeit, dem sich der Wunsch nach Freiheit erst verdankt.

Die Bundesrepublik Deutschland läßt sich gern den freiesten Staat nennen, den es auf deutschem Boden gab und gibt, scheut aber die praktischen politischen Tests auf diesen Anspruch. Die Tatsache, daß es Menschen mit dem Virus HIV und Menschen mit AIDS unter uns gibt, wäre – weil die Übertragung des Virus in Kenntnis der Wege seiner Verbreitung zu verhindern in der Verantwortung jedes einzelnen möglich ist – eine politische Chance zu zeigen, daß die Bundesrepublik Deutschland die Geschichte ihrer Herkunft begriffen hat und im Unterschied zur Tradition des großdeutschen Umgangs mit Homosexuellen, Prostituierten, Kranken und Behinderten anderes anbietet hat als weiland Richter und Henker. Wir brauchen keine strafrechtliche, sondern eine politische Auseinandersetzung über AIDS. Wer diese Auseinandersetzung mit den Mitteln des Strafrechts sucht, befördert aus kollektiver Schwäche die weitere Immunisierung des öffentlichen Bewußtseins gegen

alle Versuche, rationale Problemlösungen in kritischen Situationen zu suchen. Wer die Auseinandersetzung mit den Mitteln des Strafrechts sucht, verdient AIDS erst den Namen der „tödlichen Immunschwächekrankheit“ und bringt ein Virus unter die Leute, das zuerst den berühmtesten Bürger der Bundesrepublik Deutschland heimsuchen soll: den „mündigen Bürger“, so er denn zu finden ist, bevor alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland von Amts wegen das Etikett, das Personenkennzeichen „uneinsichtig“ oder „unbelehrbar“ erhalten haben werden, falls sie darauf bestehen sollten, in ihrem Privatleben selbstbestimmt, frei und gegenüber ihren Partnern verantwortlich zu leben. Ein solches Leben zu ermöglichen, wäre die Aufgabe eines demokratischen Staates, welcher Lebensbedingungen zu schaffen hätte, die es überflüssig machen, daß Menschen ihren Körper verkaufen müssen, um überleben oder fliehen zu können. Den Homosexuellen wird neuerdings häufig zum Vorwurf gemacht, daß sie im Gegensatz zu anderen von AIDS oft betroffenen Gruppen heute gut organisiert sind. Das ist die Bedingung ihres Überlebens, sonst müßten sie auch hierzulande wieder fliehen. Wenn andere nicht gut genug organisiert sind, um den Vorwurf der Unbelehrbarkeit und Uneinsichtigkeit mit vernünftigen Gründen zurückweisen zu können, dann gehören die Schwulen zuerst an die Seite der Angegriffenen und die Deutsche AIDS-Hilfe nicht zuletzt. Das ist mehr als Organisation, das wäre, wenn es gelänge, Solidarität.

Presseecho

Bundesweiter Aktionstag der Aids-Hilfen in Frankfurt

Frankfurt (dpa) – Unter dem Motto „Solidarität mit den Uneinsichtigen“ haben sich Aids-Hilfe-Gruppen am Samstag zu einem bundesweiten Aktionstag in Frankfurt getroffen. Rund 600 Menschen demonstrieren nach Angaben der Polizei zum Abschluß einer hessischen Aktionswoche für ein individuelles Selbstbestimmungsrecht der an der Immunschwäche Erkrankten und gegen Ausgrenzungen und staatliche Kontroll- oder Zwangsmaßnahmen.

Der bunte Demonstrationszug, der mit Musik und Luftballons durch die Frankfurter Innenstadt zog, wurde immer wieder von Kundgebungen unterbrochen, die auf die einzelnen Problemkreise aufmerksam machen sollten. So gab es Stellungnahmen zu den Themen männliche und weibliche Prostitution, Schwule, Asylrecht und Knast. Beratungszwang wird von den Aids-Hilfe-Gruppen in gleichem Maße abgelehnt wie sie die Freiwilligkeit einer Behandlung fordern.

Bei der Abschlußkundgebung auf dem Frankfurter Römer sprachen neben dem Vorsitzenden der Deutschen Aids-Hilfe, Dieter Runze, der Grünen-Abgeordneten Iris Blaul auch der SPD-Kandidat für das Frankfurter Oberbürgermeisteramt, Volker Hauff. Nach Auffassung des Sozialdemokraten gibt es zur Vorbeugung mittels Aufklärung und Information keine Alternative, solange kein Impfstoff gegen die Krankheit existiert. Er halte es für falsch, daß mit Androhung von Zwangsmaßnahmen Prostituierte „durchgetestet werden“. Ein Klima des Vertrauens sei Voraussetzung für eine erfolgreiche Strategie gegen Aids.

Deutsche Presseagentur vom 9. 7. 1988

Aids-Aktionstag in Frankfurt

Frankfurt (AP) – Hunderte von Homosexuellen, Prostituierten, Drogenabhängigen und sogenannten normalen Menschen haben sich in Frankfurt getroffen, um zum erstenmal gemeinsam gegen die Diskriminierung von Infizierten und AIDS-Kranken zu protestieren. Auf dem ersten bundesweiten Aktionstag forderte der Vorsitzende der Deutschen Aids-Hilfe, Dieter Runze, die „schweigende Mehrheit“ dazu auf, selbst darauf zu achten, wie sie gesund bleiben könne und sich nicht auf Regierungen und selbsternannte Experten zu verlassen. Wer Prostituierte grundsätzlich für „uneinsichtig“ halte, Homosexuelle für „unbelehrbar“ und Drogenabhängige für „verzweifelt“, spreche diesen Menschen auch die Mündigkeit ab.

Süddeutsche Zeitung vom 11. 7. 1988

Aids, Unbelehrbare und die Nächstenliebe im Bahnhofsviertel

Eine provozierende Demonstration von Prostituierten, Homosexuellen und Drogenabhängigen

Von Friederike Tinnappel

Andy und Astrid sind ein reizendes Paar. Er trägt eine hautenge schwarze Lederhose und ein Hemd aus dem gleichen Material, sie eine blonde Perücke und ein Mieder über der Goldbluse. Andy ist Kraftfahrzeugmechaniker, nach Feierabend liebt er Männer und schwarzes Leder. Astrid ist Prostituierte. Vor Jahren hätten die beiden kein Wort miteinander gewechselt, wären sich wahrscheinlich nicht einmal begegnet. Jeder hätte in seiner Subkultur gelebt.

Durch die Immunschwächekrankheit Aids ist das anders geworden. Homosexuelle, Drogenabhängige und Prostituierte gehören zu denen, die von der Krankheit am meisten bedroht sind. Am Samstag gingen alle zum ersten Mal gemeinsam in Frankfurt auf die Straße, um trotz ihrer Verschiedenheit gegen die sozialen Folgen der Krankheit, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung zu protestieren.

Viele mußten sich überwinden, wie der HIV-Positive Wolfgang oder die Drogenabhängige Elli, die aus Oldenburg anreiste und mit ihren 40 Kilo so schwach und zerbrechlich wirkte. Zwölf Jahre war sie alt, als sie aus dem Heim weglief und ihr der Mann, der sie aufgabelte, die erste Spritze gab. Seit über einem Jahr weiß sie, daß sie HIV-positiv ist. „Ich wünsche mir, daß die Krankheit möglichst schnell ausbricht, damit ich's hinter mir hab.“

Anderen hat der über vierstündige Umzug einfach Spaß gemacht, trotz des bedrohlichen Hintergrundes. Dem Transvestiten Danny, zum Beispiel, mit seinem rosa Lidschatten und dem rosa verschnürten Minikleidchen. Als gebe es eine Fastnacht zu feiern, warf er unterstützt von anderen Schönen Kondome wie Konfetti in die Menge, die das bunte Treiben mit sichtlich gemischten Gefühlen beobachtete.

Schon das Motto „Solidarität mit den Uneinsichtigen“ wurde von vielen Passanten als Provokation empfunden, ebenso der „Ball der Unbelehrbaren“, mit dem dieser erste bundesweite Aktionstag der Deutschen Aids-Hilfe im Frankfurter Volksbildungsheim zu Ende ging.

Früher sei „schwul“ ein Schimpfwort gewesen, heute nennen wir uns selber so, versuchte ein Vertreter der Aids-Hilfe das Unbehagen auszu-

räumen. Eine ähnliche Umdeutung erhofft sich die Selbsthilfeorganisation jetzt auch für die Worte „Uneinsichtige“ und „Unbelehrbare“, die nicht das Verhältnis zur Krankheit, sondern das zur eigenen Sexualität beschreiben sollten.

Auch manche der in deutlicher Sprache verfaßten Plakate konnten durchaus Schamgefühl verletzen. Die Reaktionen reichten denn auch von einem entrüsteten „unmöglich“ über ein verhaltenes „solange es friedlich bleibt“ bis zur selteneren vorbehaltlosen Zustimmung.

Und mit den Kondomen war es auch so eine Sache. Ein Vierzigjähriger sammelte so viele ein, wie er nur kriegen konnte, nachdem er auf das erste Exemplar einen prüfenden Blick geworfen hatte. Ein junger Mann, dessen Freundin ihm eines der Fundstücke in die Brusttasche stecken wollte, wich zurück, als handele es sich um eine glühende Kohle. Eine Gruppe junger Japanerinnen fing zu kreischen an, als sie entdeckten, daß es keine Bonbons waren. „Warum muß es sowas geben – Nutten und so“, seufzte eine Mutter und nahm ihre Tochter fester bei der Hand. Die meisten aber verfolgten das bunte Schauspiel gebannt. „So was gibt es ja nicht einmal im Fernsehen“, meinte ein älteres Ehepaar in der Kaiserstraße.

Dort, vor dem Hauptbahnhof, wo sich der Geruch von Urin und Imbißstuben mischt und zu fast jeder Tages- und Nachtzeit ein paar Drogenabhängige herumkauern, hatte sich der Zug formiert und Karl-Georg Cruse von der Deutschen Aids-Hilfe zum Auftakt der Veranstaltung bekannt: „Ich bin ein Unbelehrbarer.“ Niemand könne ihn lehren, daß Schwule nicht schwul, daß Lesben nicht lesbisch sein dürfen, daß Nutten ehrlos seien, daß Fixer und Fixerinnen nicht leben wollen.

Helmut Ahrens, bei der Deutschen Aids-Hilfe für Drogen und Strafvollzug zuständig, forderte, die „alltägliche Überwachung, Erfassung und Verfolgung von Frauen und Männern in der Drogen- und Prostituiertenszene“ zu beenden. „Wir brauchen kein Betäubungsmittelgesetz und keine Seuchengesetze, um uns vor Aids zu schützen. Wir brauchen Arbeit, Wohnungen und Selbsthilfeprojekte, die unseren Bedürfnissen entsprechen.“

„Eine Zeitlang konnte es durchaus Spaß machen, in Deutschland schwul zu sein“, erinnerte sich ein anderer Redner, Andreas Meyer-Hanno. Doch Aids habe das Klima verändert. Heute werde wieder in den Schlafzimmern herumgeschnüffelt. Allerdings werde dies nicht mehr moralisch, sondern gesundheitspolitisch begründet.

Das Mitleid sei den HIV-Positiven nur solange gewiß, wie sie sich füg-

ten und der Liebe entsagten, bedauerte Günter Dworek vom Bundesverband Homosexualität. Der „deutsche Otto Normalverkehler“ müsse sein Verhältnis zur Homosexualität endlich normalisieren. „Aids als Krankheit ist schon schlimm genug, das schwule Leben lassen wir uns nicht zerstören“, erklärte Hans Peter Hauschild von der Frankfurter Aids-Hilfe.

Die Liste der Redner, die auf den insgesamt sechs Kundgebungen zu Wort kamen, war lang. Da sprach sich Ingo Marowsky für die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) gegen HIV-Tests in den Betrieben aus, setzte sich der Rechtsanwalt Bernd Aretz für infizierte Ausländer ein, plädierte ein Strafgefangener dafür, daß Aids-Kranke nicht ins Gefängnis gehören, sondern die Zeit, die ihnen verbleibt, in Freiheit verbringen sollen – ein Seminar auf der Straße, bei dem kaum ein Aspekt ausgelassen wurde.

In der Breiten Gasse, dem künftigen Zentrum der Prostitution in Frankfurt, reihte sich dann noch der Spitzenkandidat der SPD für die Kommunalwahl 1989, Volker Hauff, bei den „Uneinsichtigen“ ein. Man müsse die Krankheit bekämpfen, nicht die Menschen, sagte er später auf dem Römerberg. Aids sei nicht nur eine medizinische, sondern auch eine gesellschaftliche Herausforderung. Es müsse verhindert werden, daß Menschen, die HIV-positiv sind, in unserer Gesellschaft einen „sozialen Tod erleiden“.

Dafür bekam der Politiker eine Menge Applaus und sogar eine Rose überreicht – von der 62jährigen Rentnerin und überzeugten Protestantin Sabine Rademacher aus Marburg, für die Nächstenliebe nicht vor Randgruppen haltmacht.

D/R/S

Frankfurter Rundschau vom 11. 7. 1988

Leder, Lack und falsche Carmen

Aktionstag der Aids-Hilfe-Gruppen in der Frankfurter Innenstadt / Protest gegen staatliche Zwangs- und Kontrollmaßnahmen – für ein selbstbestimmtes Leben / Grüne kniffen trotz Zusage / Autonome waren Mangelware

Aus Frankfurt Michael Blum

„The Hot Rubber“: mit Gleitcreme, swiss-made – so steht's auf den in der Frankfurter Innenstadt verteilten Kondomen. Tausende davon bringt der Mann mit schwarzen Lederklamotten während des bundesweiten Aktionstages der Aids-Hilfe-Gruppen unters Volk. Der „nationale Aktionstag“ am Samstag ist Abschluß einer hessenweiten Aktionswoche der Aids-Hilfen. In sieben Städten Hessens hatten die regionalen Gruppen über die „Immunschwächekrankheit“ informiert.

Männer mit ihren schärfsten Fummeln aus Lack und Leder, mehrere falsche „Carmens“ mit Reifröcken und Stöckelschuhen sind die Blickfänge für staunende Touristen und Passanten, als sich der Demonstrationzug durch die Frankfurter Innenstadt bewegt. Drei Stunden dauert das Demo-Marathon mit Luftballons, Musik und zahlreichen Transparenten, unterbrochen von vier Zwischenkundgebungen. Interesse und Sympathien werden von zahlreichen Menschen am Rande zum Ausdruck gebracht.

Am „Kaisersack“, dem Frankfurter Junkie-Treff geht es um 12 Uhr los: Nur wenige sind gekommen, vielleicht gerade 150 Menschen. Auf dem Weg durch die Stadt schließen sich dem Zug mit dem Motto „Solidarität mit den Uneinsichtigen“ immer mehr Leute an, zeitweise sind es 1.500, die gegen Zwangsmaßnahmen für HIV-Positive und Aids-Erkrankte demonstrieren. Sie fordern auf bunten Spruchbändern und in zahlreichen Redebeiträgen statt dessen verbesserte Aufklärung und ein Recht auf „selbstbestimmtes Leben“. Am Theaterplatz klagen schwule Männer all diejenigen an, die ihnen ihr Recht auf ihr Schwulsein und ihren Lebensstil bestreiten wollen. An der Hauptwache wird das Recht auf Arbeit und Wohnung geltend gemacht, an der Konstabler-Wache erklären sich die DemonstrantInnen mit den Asylanten solidarisch, die im nahegelegenen Knast „Klapperfeld“ zur Abschiebung einsitzen. In der Breiten Gasse werden die Freier angeklagt, die Prostituierte „als Freiwild benutzen“.

Die DemonstrantInnen nennen sich „unbelehrbar, uneinsichtig, De-

perados“. Dies hatte ihnen im Vorfeld die geharnischte Kritik linker Medien eingehandelt, der ‚Pflasterstrand‘ titelte gar von einer „unerträglichen Geschmacklosigkeit der Aids-Hilfe“.

Warum diese Begriffe hingegen richtig seien, erläuterte der Vorsitzende der Deutschen Aids-Hilfe, Professor Dieter Runze, auf der Abschlußkundgebung: „Wer heute hier ist, ist uneinsichtig gegenüber unvernünftigen Forderungen auf sexuellen Verzicht. Unbelehrbar, wo nicht Einsicht in die Notwendigkeit vorsichtigen oder verantwortbaren Verhaltens zwischen Partnern, sondern Gehorsam gegenüber politischen Instanzen gefordert wird.“ Desperados seien sie allemal, erklärte Runze: „Desperados sind all diejenigen, die verzweifelt darüber sind, daß die demokratischen Rechte der BürgerInnen“ mittels Aids-Politik und Maßnahmekatalog ausgehebelt werden. „Im politischen Umgang mit Aids erweist sich, ob die Bürger dieses Landes für mündig gehalten werden oder nicht“, resümiert Runze.

Und auch SPD-Yuppi und Oberbürgermeister-Kandidat Volker Hauff beklagt auf der Abschlußkundgebung die herrschende Aids-Politik: „Die moralische Stärke eines Gemeinwesens zeigt sich an den Maßnahmen, die es ergreift – und mehr noch an denen, die es nicht ergreift.“ Zwangstests und die in Frankfurt seit zwei Jahren geplante Internierung von HIV-positiven Prostituierten könnten Aids nicht bekämpfen – Aufklärung sei hingegen gefordert. Ein Klima des Vertrauens sei Voraussetzung für eine erfolgreiche Aids-Politik, betont der Sozialdemokrat und wird unjubelet. Aber auch Enttäuschung macht sich breit: „Trotz Einladung und Zusage ihrer Teilnahme haben die Grünen gekniffen“, sagt Klaus Graf vom Pressereferat der Deutschen Aids-Hilfe. Von den autonomen Kämpfern für die Menschenrechte ist auch kaum jemand erschienen. „Ganze fünf Autonome sind hier, das ist eine Sauerei“, so Winfried von einer Frankfurter Autonomen-Gruppe. „Der Kampf der HIV-Positiven für ein selbstbestimmtes Leben ist gleich unserem Kampf gegen staatliche Repression“, mutmaßt er.

„Gauweilerin – Sauweilerin“ singen die sechs Kabarettisten vom „Mänu“ am Abend im Frankfurter Volksbildungsheim, und der Saal tobt. Zum glänzend inszenierten „Ball der Unbelehrbaren“ sind über 700 Menschen gekommen. Der Ball bildet mit einem umfangreichen Kulturprogramm aus Musik, Theater und Tanz den Abschluß des Aktionstages. War tagsüber die Solidarität gegenüber HIV-Positiven noch beschworen worden, wird hier bis in die frühen Morgenstunden der Zusammenhalt gegen Diskriminierung und Ausgrenzung gefeiert.

„Wir können mit dem Ergebnis des Aktionstages zufrieden sein“, resümiert Klaus Graf zu vorgerückter Stunde. Recht hat er – selten sind Frankfurter Demos so viele Sympathien in der Bevölkerung zuteil geworden wie bei der der „Uneinsichtigen“.

Tageszeitung, Berlin, vom 11. 7. 1988



SONDERBAND

Solidarität der Uneinsichtigen

Aktionstag 9. Juli 1988
Frankfurt a.M.

Unbelehrbar
Uneinsichtig
Desperado

Ich bin ein Unbelehrbarer. Niemand kann mich lehren, daß Schwule nicht schwul sein dürfen, daß Lesben nicht lesbisch sein dürfen, daß Prostituierte ehrlos sind, daß FixerInnen nicht leben wollen. Und ich will nicht lernen, daß bitterste Not der Asylsuchenden uns nicht verpflichtet, ihnen vorbehaltlos zu helfen.

Ich bin uneinsichtig. Ich will nicht einsehen, daß die von mir mitgestaltete Gesellschaft nicht fähig ist, ihre Angst vor Menschen mit HIV und Menschen mit AIDS zu überwinden.

Ich bin ein Desperado, ein Verzweifelter. Ich verzweifle an allen, die ganze Menschengruppen als Unbelehrbare, Uneinsichtige und Desperados verurteilen, statt offen, sorgend und stützend auf ihre Mitmenschen zuzugehen.

Aber ich bin froh, daß ich nicht alleine bin. Wir alle sind heute in Frankfurt zusammengekommen, weil wir unbelehrbar, uneinsichtig und verzweifelt sind.

Wir wollen zeigen, daß wir mit denen zusammengehören, die ausgegrenzt, psychiatrisiert, kriminalisiert oder abgeschoben werden. Mit ihnen und nicht von ihnen zu unterscheiden wollen wir durch Frankfurt gehen, wie wir mit ihnen durch unseren Alltag gehen.